



Von der Plan- zur Marktwirtschaft Transformationsprozess noch nicht abgeschlossen

Der Fall der Mauern in Europa im Herbst 1989 und der anschließende Übergang der ehemals sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas von plan- zu marktwirtschaftlichen Strukturen markiert das wohl wichtigste historische und wirtschaftliche Ereignis des späten 20. Jahrhunderts. In der Aufbruchstimmung der frühen 1990er Jahre wurden in allen Ländern des ehemaligen Ostblocks Reformprogramme angestoßen, um möglichst rasch marktwirtschaftliche Strukturen zu etablieren.

Heute zeigt sich, wie unterschiedlich die Entwicklungen verlaufen sind. Während von den Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE) elf sukzessive der Europäischen Union beitraten und fünf inzwischen der Eurozone angehören, sind die Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) noch weit von westeuropäischen Standards entfernt. Insbesondere die weiter östlich liegenden GUS-Staaten sind hinsichtlich ihres Wirtschaftswachstums und des Ausbaus rechtsstaatlicher Strukturen weit ins Hintertreffen geraten und haben den Anschluss an die weit günstigere Entwicklung der neuen EU-Staaten verpasst. Jüngere Ereignisse, wie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und der anhaltende Ukraine-

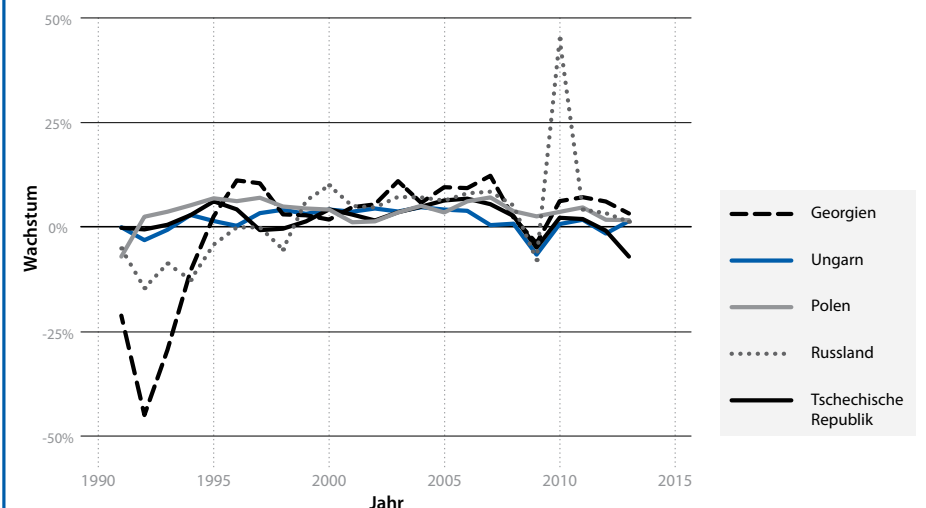
konflikt, haben diese ungleiche Entwicklung stellenweise noch verschärft.

IZA Compact stellt in dieser Ausgabe ausgewählte Untersuchungsergebnisse aus dem Netzwerk der IZA Research Fellows zu den Transformationserfahrungen in Mittel- und Osteuropa vor.

Transformation als „natürliches Experiment“

Der Transformationsprozess bietet der Wissenschaft bis heute ein ergiebiges Forschungsfeld. Mit der Transformationsökonomie bildete sich rasch ein eigener Forschungszweig heraus, in dem sich das IZA von Beginn an sehr stark engagiert hat. Der IZA-Forschungsschwerpunkt „Arbeitsmärkte in Transformations- und Schwellenländern“ leistet bis heute einen wichtigen Beitrag innerhalb dieser Fachdisziplin, nicht zuletzt durch die Bereitstellung innovativer Datensätze für die Forschung (siehe Seite 5). Für seine prägenden Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Transformationsökonomie erhielt *Jan Svejnar* (Columbia University) in diesem Jahr den IZA Prize in Labor Economics (siehe Seite 6). Auch damit unterstreicht das IZA den Stellenwert dieses Forschungszweigs.

BIP-Wachstum in Mittel- und Osteuropa, 1991–2013



Quelle: Weltbank 2015, <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>

» In dieser Ausgabe

IZA PRIZE 2015 VERLIEHEN

Für seine Leistungen in der vergleichenden Arbeitsmarktforschung und Transformationsökonomie wurde Jan Svejnar mit dem IZA Prize 2015 ausgezeichnet. [Seite 6](#)

TECHNOLOGIE UND ENTWICKLUNG

Schwerpunktthema der diesjährigen IZA/Weltbank-Konferenz zu Beschäftigung und Entwicklung waren die Auswirkungen des technologischen Wandels auf Entwicklungs- und Schwellenländer. [Seite 8](#)

SOZIALE SICHERHEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Ein neues Buch von IZA, Weltbank und Inter-American Development Bank thematisiert Wege zu mehr sozialer Sicherheit in Niedrigeinkommensländern. [Seite 9](#)

LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT

Eine neue Studie zeigt das unterschiedliche Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit in Europa auf. [Seite 11](#)

GEWERKSCHAFTEN

Im IZA Tower Talk referierte DGB-Chef Reiner Hoffmann zur Zukunft der Gewerkschaften. Zum gleichen Thema liegt ein aktueller IZA-Standpunkt vor. [Seite 12](#)

ÖKONOMIE VON RISIKOVERHALTEN

Die 7. IZA-Jahreskonferenz zur Analyse riskanter Verhaltensweisen beleuchteten soziale, ökonomische und Gesundheits-Aspekte sowie die sich daraus ergebenden Implikationen für die Politik. [Seite 16](#)

MEINUNG

IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann zu normaler und atypischer Arbeit im Wandel. [Seite 20](#)

Wo liegen die größten Unterschiede im Transformationsprozess, und mit welchem Erfolg haben die Staaten die Modernisierungsaufgaben gemeistert? Welche Lehren können auch heute noch aus den damaligen Transformationsprozessen gezogen und auf andere Konstellationen übertragen werden? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigt sich die Transformationsökonomie sehr intensiv. Sie konnte den Umbruch von der Plan- zur Marktwirtschaft gewissermaßen als „natürliches Experiment“ nutzen: Beschäftigungs- und Arbeitslosenraten, aktive und passive Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung und zahlreiche andere Faktoren waren gleichzeitig vom Umbruch betroffen und konnten in den verschiedensten Konstellationen untersucht werden.

Die unterschiedlichen Reformwege, -geschwindigkeiten und -resultate gestatten Rückschlüsse zur Erfolgswahrscheinlichkeit von Politikmaßnahmen. Daraus lassen sich sowohl für die Nachzüglerstaaten als auch für Entwicklungsländer wertvolle Erkenntnisse über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Strategien ableiten. Aufgrund des dramatischen Wirtschaftseinbruchs, den die Transformationsstaaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlebten, sind ihre Beispiele auch für heutige Krisenstaaten lehrreich. Im Übrigen können auch voll entwickelte Marktwirtschaften von den Erfahrungen dieser Zeit profitieren, etwa wenn es um den Erfolg von Privatisierungen oder die Folgen starker Arbeitsmigration geht.

Zentrale Herausforderungen: Reorganisation von Arbeit und institutioneller Wandel

Die Herausforderungen beim Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft sind gewaltig: Preisliberalisierung, makroökonomische Stabilisierung, Umstrukturierung und Privatisierung der staatlichen Unternehmen, Gründung neuer Unternehmen und nicht zuletzt eine umfassende Reorganisation des Arbeitsmarkts erfordern immense Anstrengungen und politisches wie gesellschaftliches Durchhaltevermögen. Dabei lagen die Ausgangspositionen der einzelnen MOE-Staaten aufgrund der unterschiedlichen Dimensionen des Wirtschaftseinbruchs nach dem Kollaps des alten Systems weit auseinander.

In den meisten MOE-Ländern fiel der Konjunkturrückgang mit einem Minus von 13 bis 25 Prozent noch vergleichsweise moderat aus. In den baltischen Staaten jedoch brach das Bruttoinlandsprodukt (BIP) rasch um mehr als 40 Prozent ein, in Russland um 45 Prozent und in der Ukraine gar um fast 65 Prozent. Während die MOE-Staaten die Rezession durchweg schon nach drei bis vier Jahren überwunden hatten, begann die wirtschaftli-

che Erholung in der Ukraine und in Russland erst in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren, wobei Russlands Entwicklung durch die dortige Finanzkrise von 1998 noch einmal empfindlich gebremst wurde.

Im ersten Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch des Ostblocks blieb die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung hinter den Erwartungen der Reformstaaten zurück. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen den MOE-Ländern und den OECD-Staaten war mit der Ausnahme Polens im Jahr 2001 sogar größer als noch 1989. IZA-Preisträger Jan Svejnar begründet dies mit dem unterschiedlichen Tempo bei der Umsetzung von sogenannten Typ-II-Reformen.

Jan Svejnar

Transition Economies:
Performance and Challenges

Journal of Economic Perspectives, 16(1) 2002,
3–28.

Dazu zählen die Sicherung transparenter Eigentumsrechte, die Etablierung einer modernen Unternehmensführung, umfassende Privatisierung sowie die Einführung moderner Arbeitsmarktregeln und -institutionen, die für eine erfolgreiche Marktwirtschaft unabdingbar sind. Während nahezu alle Umbruchstaaten Typ-I-Reformen realisierten, also Makrostabilisierung, Preisliberalisierung und die Privatisierung von Kleinunternehmen voranbrachten, setzten nur Polen, Slowenien, Ungarn und die Slowakei früh die weit tiefer greifenden Typ-II-Reformen um. Insgesamt zeigte sich in den MOE-Staaten eine weit größere Dynamik in Bezug auf die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen und funktionierender Arbeitsmarktinstitution als in den GUS-Staaten.

Arbeitslosigkeit als ungekanntes Hauptproblem

Die Arbeitslosigkeit, in Zeiten der Planwirtschaft noch unbekannt, schoss schon zu Beginn des Transformationsprozesses flächendeckend in den zweistelligen Prozentbereich (mit Ausnahme der Tschechischen Republik) und wurde damit schnell zum zentralen politischen und gesellschaftlichen Problem der Umbruchphase. Massenentlassungen in den neu privatisierten Firmen, die akute Schwierigkeit nach Arbeitsplatzverlust in den zunächst kollabierenden Arbeitsmärkten eine neue Stelle zu finden und daraus resultierend das Entstehen von Langzeitarbeitslosigkeit setzten die Reformregierungen unter erheblichen Druck.

Dabei entwickelte sich die Arbeitslosigkeit im Verlauf der Transformation von Staat zu Staat unterschiedlich. So stieg sie in der Tschechischen Republik erst in der zweiten

Hälfte der 1990er Jahre deutlich an, nahm in geringerem Umfang auch in den baltischen und GUS-Staaten zu, während sie in Polen, Ungarn, Slowenien und der Slowakei zu diesem Zeitpunkt bereits wieder fiel. Ausschlaggebend hierfür war, der unterschiedlich erfolgreiche Prozess der Reallokation von Arbeit im Zuge des gravierenden strukturellen Umbruchs.

Tito Boeri, Katherine Terrell

Institutional Determinants of
Labor Reallocation in Transition

Journal of Economic Perspectives, 16(1) 2002,
51–76.

Mit dem sprunghaften Entstehen von Arbeitslosigkeit ging zugleich die Schwierigkeit einher, angemessene Instrumente sozialer Sicherung zu etablieren. In kürzester Zeit mussten rechtliche und administrative Rahmenbedingungen für Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe und andere Arbeitsmarktprogramme geschaffen werden. Arbeitsämter mussten gegründet und mit hinreichend ausgebildetem Personal besetzt werden. Kein OECD-Staat konnte vergleichbare Erfahrungen vorweisen.

Die Arbeitslosenversicherung wurde meist nach westlichem Vorbild konstruiert, enthielt zu Beginn jedoch häufig Schwachstellen.

Tito Boeri

Labour-Market Reforms in Transition
Economies

Oxford Review of Economic Policy, 13(2)
1997, 126–140.

So war die Arbeitslosenhilfe anfangs oft sehr großzügig bemessen, was die Arbeitsaufnahme unattraktiver machte. Um diese falschen Anreize zu minimieren, wurden die Leistungen mit der Zeit wieder gekürzt, was noch dadurch verstärkt wurde, dass die hohe Inflation den Wert der Arbeitslosenhilfe verringerte. Außerdem stellte sich die Frage der gerechten Verteilung der Arbeitslosenunterstützung, da auch Arbeitslose, die vorher nie in eine Arbeitslosenversicherung eingezahlt hatten, Mittel beziehen konnten. Ein weiteres Problem bestand in der zu Beginn langen Laufzeit von Leistungsansprüchen.

In Polen wurden die Leistungen an Arbeitslose anfangs sogar zeitlich unbegrenzt gezahlt, sodass auch zuvor Inaktive in den Status von Arbeitslosen wechselten. Im weiteren Verlauf der Transformationsprozesse zogen die Reformstaaten ihre Lehren aus den anfänglichen Fehlern und schränkten die Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung in unterschiedlicher Weise wieder ein. Infolgedessen ging zwar die Zahl der Bezieher von Arbeitslosenhilfe zurück, zugleich nahm aber die Zahl der Langzeitarbeitslosen mit Sozialhilfeansprüchen ländersübergreifend zu. Die frühen Arbeitsmarktreformen konnten

zudem kaum neue Arbeitsplätze schaffen, da es noch nicht genügend neue Beschäftigungsmöglichkeiten gab.

Aus diesen Erfahrungen lässt sich schließen, dass in Fällen, in denen eine hohe Arbeitslosigkeit mit einer geringen Zahl offener Stellen zusammentrifft, auch eine Kürzung der Arbeitslosenhilfe keine raschen positiven Arbeitsmarkteffekte entfalten kann.

Jan Svejnar

Labor Markets in the Transitional Central and East European Economies

in: Orley Ashenfelter und David Card (Hrsg.): *Handbook of Labor Economics*, Vol. 3, Kapitel 42, 1999, 2809–2857.

In den Transformationsstaaten hatte die Höhe des Arbeitslosengeldes zunächst nur geringe Auswirkungen auf die Dauer der Arbeitslosigkeit. Dass die Tschechische Republik anfangs nur eine recht niedrige Arbeitslosigkeit aufwies, ist dabei vor allem einer aktiven Arbeitsmarktpolitik mit einem besonders effektiven Vermittlungsprozess zuzuschreiben, durch den die Arbeitslosen deutlich schneller und passgenauer in neue Beschäftigung gebracht werden konnten.

Unterschiedliche Reformwege

Im Verlauf des Umbruchprozesses entwickelten sich die MOE-Staaten und die GUS-Länder zunehmend unterschiedlich. Mittel- und Osteuropa erlebte Mitte der 1990er Jahre eine Kombination aus Stagnation, hoher Arbeitslosigkeit und radikalen Strukturreformen mit einem U-förmigen Verlauf in der Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Beschäftigung. Die MOE-Staaten zielten in ihren Reformanstrengungen dieser Phase vor allem auf die Anpassung der Beschäftigung ab. Dies zahlte sich am Ende des Jahrzehnts in steigenden

Beschäftigungs- und Wachstumszahlen aus. Die GUS-Staaten konzentrierten sich hingegen auf eine Anpassung der Löhne, was zwar vorübergehend Arbeitsplätze sicherte, sich jedoch in einem massiven Abfall von Reallöhnen und Produktivität niederschlug. Zwar fiel die Arbeitslosigkeit geringer aus, doch die Wirtschaftsleistung ging mit L-förmigem Verlauf stark zurück, mit der Folge, dass Löhne oft spät oder gar nicht gezahlt werden konnten.

Die unterschiedlichen Muster bei der Anpassung an die freie Marktwirtschaft sind primär mit institutionellen Faktoren zu erklären. Dabei war offenbar der Einfluss von Gewerkschaften, betrieblichen Lohnpolitiken, Mindestlöhnen oder Arbeitsschutzgesetzen nur von geringer Bedeutung. Stattdessen spielten die sozialen Sicherungssysteme, allen voran Arbeitslosenhilfe und Frühverrentung, eine entscheidende Rolle.

Tito Boeri, Katherine Terrell

Institutional Determinants of Labor Reallocation in Transition

Journal of Economic Perspectives, 16(1) 2002, 51–76.

Als die Arbeitslosenhilfe in den MOE-Staaten gekürzt wurde, generierte dies zwar keine neuen Jobs, aber es legte doch eine Lohnuntergrenze fest, unter der es sich nicht mehr lohnte, zu arbeiten. Dadurch verhinderten die MOE-Staaten einerseits einen Absturz der Löhne, wie ihn die GUS-Staaten erlebten. Allerdings vernichteten diese Untergrenzen auch viele Arbeitsplätze, insbesondere in schlecht bezahlten oder unproduktiven Sektoren, da Firmen ihre Löhne nur bedingt entsprechend der Produktivität senken konnten. Zusätzlich trugen sie zur Langzeitarbeitslosigkeit gerade unter Einfachqualifizierten bei, denn Arbeitssuchende nahmen oft nur dann eine Arbeit an, wenn der Lohn über der Arbeitslosenhilfe lag.

Insgesamt führte dies dazu, dass die MOE-Staaten schon früh unter einer stagnierenden Arbeitslosigkeit litten, aber gleichzeitig einen schnelleren und umfassenderen Strukturwandel erlebten, der ihnen wiederum verhältnismäßig früh eine verbesserte Wachstumsentwicklung bescherte. In Russland und den anderen GUS-Staaten wurden die Anpassungen weit stärker über Preise vorgenommen: Die sehr geringe Arbeitslosenhilfe verursachte einen Niedergang des Lohnniveaus und eine schrumpfende Wirtschaftskraft.

Wachstum ohne Beschäftigung?

Bevor im Jahr 2008 die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ausbrach, verliefen die 2000er Jahre für die Volkswirtschaften der Umbruchstaaten insgesamt sehr erfolgreich.

Hartmut Lehmann, Alexander Muravyev

How Important Are Labor Market Institutions for Labor Market Performance in Transition Countries?

Economics of Transition, 20(2) 2012, 235–269.

Besonders die mittel- und osteuropäischen Staaten wiesen stabiles Wachstum, sinkende allgemeine Arbeitslosigkeit und eine rückläufige Jugendarbeitslosigkeit auf. Dieser positive Trend wurde in den neuen EU-Mitgliedstaaten unter anderem auch dadurch verstärkt, dass viele Arbeitssuchende in die Arbeitsmärkte anderer EU-Länder abwanderten.

An der Transformation der zwei Geschwindigkeiten änderte sich freilich nichts. Während alle neuen EU-Mitglieder ihr BIP bis 2001 auf das Niveau vor der Wende steigern konnten – in Polen war dies schon Mitte der 1990er Jahre der Fall –, erreichten die GUS-Staaten dieses Ziel erst 2005 und die südosteuropäischen Länder sogar erst 2007.

Allerdings verharrte die Arbeitslosigkeit in den MOE-Staaten bis zu Beginn der 2000er Jahre trotz der soliden Wachstumszahlen auf hohem Niveau; ein Beschäftigungsaufbau fand bis dahin kaum statt. Das Phänomen des „Wachstums ohne Beschäftigung“ löste sich erst mit dem aufkommenden Arbeitskräftemangel und der Zunahme offener Stellen unmittelbar vor Beginn der großen Wirtschaftskrise auf.

Auch die GUS-Länder erlebten in den Jahren 1990 bis 2008 ein ähnliches Phänomen. In Ländern wie Kirgisistan, Russland und der Ukraine stagnierte die Beschäftigung und ging in Armenien, Georgien und Moldau sogar zurück. Innerhalb der GUS-Staaten nahmen in dieser Zeit die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung deutlich zu. Rohstoffreiche Länder wie Russland und Kasachstan verzeichneten hohe Beschäfti-

Entwicklung der Arbeitslosenrate in Mittel- und Osteuropa, 1991–2013



Quelle: Weltbank 2015, <http://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS>

gung, wohingegen Niedrigeinkommensländer wie Moldau und Tadschikistan unter besonders hoher Arbeitslosigkeit und geringen Beschäftigungsraten litten.

Anhand von Daten der Jahre 1995 bis 2008 lässt sich zeigen, dass in dieser Zeit in den MOE-Staaten sowohl Deregulierung als auch institutionelle Reformen eine zentrale Rolle für die Entwicklung des Arbeitsmarktes spielten. Anders als noch zu Beginn des Transformationsprozesses veränderten die MOE-Länder in diesem Zeitraum ihre Institutionen und Politiken nur geringfügig, während die ehemaligen Sowjetrepubliken ihre Arbeitsmärkte zur gleichen Zeit beschleunigt deregulierten.

Die GUS-Staaten verzeichneten infolgedessen einen weit stärkeren Rückgang von Arbeitsschutzbestimmungen, eine sinkende Gewerkschaftsdichte, fallende Lohnnebenkosten und eine Verkürzung der Dauer des Arbeitslosenhilfsanspruchs. In Kombination mit dem niedrigsten Niveau an Arbeitslosenhilfe und den geringsten Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik unter allen Transformationsökonomien, wiesen die GUS-Staaten in der späteren Übergangsphase somit die am stärksten deregulierten Arbeitsmärkte auf.

Hartmut Lehmann, Alexander Muravyev

Labor Markets and Labor Market Institutions in Transition Economies

in: Paul Hare und Gerald Turley (Hrsg.):

The Handbook of the Economics and Political Economy of Transition, London 2013, 350–362.

Anpassung des Arbeitskräftepotentials in den Unternehmen und Privatisierung

Zu Zeiten der Planwirtschaft waren für Unternehmen oft sogenannte weiche Budgetbeschränkungen und ein starres Arbeitskräftekontingent üblich. Dennoch fanden sich in Ländern wie Polen und Ungarn schon vor Beginn der Transformationsepoche einzelne marktwirtschaftliche Elemente. Im Gegensatz zu Firmen in der ehemaligen Tschechoslowakei konnten polnische und ungarische Firmen beispielsweise auf sinkende Verkaufszahlen mit Entlassungen reagieren. Nach der Wende verschaffte ihnen das einen Vorteil gegenüber Firmen anderer MOE-Staaten.

Im Verlauf der Transformation passten dann alle MOE-Länder notwendigerweise rasch ihre Beschäftigung an die veränderten ökonomischen Gegebenheiten an, sodass sich die Arbeitsnachfrage-Elastizitäten denen der etablierten Marktwirtschaften annäherten. Im Gegensatz dazu konnten die Unternehmen in Russland ihre Beschäftigung erst ab Mitte der 1990er Jahre an ihre tatsächliche Produktivität angleichen

und waren bis dahin auf das Instrument der Lohnanpassung angewiesen, sodass sich der Rückstand zu den westlichen Nachbarn weiter vergrößerte.

Aufgrund der teils schlechten Erfahrungen mit den in den ehemaligen Ostblockstaaten in kürzester Zeit durchgeführten Privatisierungen wurde die Effizienz dieser Maßnahmen in einigen Studien in Frage gestellt. Gleichwohl zeigen andere Forschungsergebnisse, dass Privatisierungen im Zuge der Transformation vor allem dann zu einer Stärkung der Unternehmensleistung führten, wenn sie nicht durch heimische, sondern durch ausländische Investoren erfolgte.

Andere Forschungsarbeiten verdeutlichen, dass der Erfolg der Privatisierung durch heimische Investoren je nach Transformationsregion stark variiert. In den MOE-Staaten lassen sich geringe, aber positive Effekte feststellen, wohingegen sich die Privatisierung durch Einheimische in den GUS-Staaten klar negativ auf die Unternehmensleistung auswirkte.

Saul Estrin, Jan Hanousek, Evžen Kočenda, Jan Svejnar

The Effects of Privatization and Ownership in Transition Economies

Journal of Economic Literature, 47(3) 2009, 699–728.

Dieser Unterschied lässt sich einerseits damit erklären, dass ausländische Investoren die Einführung besserer Managementstrukturen und den Zugang zu neuen Märkten begünstigten. Andererseits spielten auch die oben genannten Typ-II-Reformen eine Rolle. Während sich die MOE-Staaten um eine Angleichung an europäische Standards bemühten, legten die GUS-Länder ihren Fokus lediglich auf Marktliberalisierung. Als Gegenbeispiel ist China zu nennen, wo in einem langsamen Prozess, an dem ausländische Investoren nur bedingt beteiligt waren, die Privatisierung durch chinesische Investoren durchaus erfolgreich verlief.

Bis heute werden Privatisierungen vor allem mit Entlassungen und Lohnkürzungen in Verbindung gebracht. Doch dies muss kein zwangsläufiger Zusammenhang sein, wie ein aktueller Beitrag für IZA World of Labor zeigt.

John S. Earle

Impact of Privatization on Employment and Earnings

IZA World of Labor, 2014: 93
doi: 10.15185/izawol.93

Sowohl in sehr erfolgreichen Transformationsstaaten wie Ungarn als auch in weniger erfolgreichen wie Russland und der Ukraine wirkte sich insbesondere die Privatisierung durch ausländische Investoren positiv

auf Beschäftigung und Lohnniveau aus. Dazu trug auch ein Skaleneffekt bei: Ausländische Investoren sorgen eher dafür, dass wettbewerbsfähigere Güter in großer Menge produziert und abgesetzt werden, was wiederum höhere Löhne und mehr Beschäftigung ermöglicht.

Transformation noch nicht abgeschlossen

Die unterschiedlichen Verläufe des Transformationsprozesses in den MOE-Staaten auf der einen, den GUS-Staaten auf der anderen Seite haben sich im Zeitverlauf nicht etwa einander angeglichen, sondern noch weiter voneinander entfernt.

Jan J. Rutkowski, Stefano Scarpetta

Enhancing Job Opportunities: Eastern Europe and the Former Soviet Union

World Bank, Washington, D.C. 2005

Die Arbeitsmärkte in den europäischen Transformationsländern ähneln heute in vielerlei Hinsicht denen der entwickelten Volkswirtschaften des „alten“ Europa – im positiven (z.B. Steigerung der Produktivität) wie auch im negativen Sinn (hohe und stagnierende Arbeitslosigkeit). Im Gegensatz dazu scheinen sich die Arbeitsmärkte der einkommensschwachen GUS-Staaten an andere Niedriglohnstaaten anzugleichen – mit typischen Merkmalen, wie einem dominierenden informellen Sektor, Unterbeschäftigung und einer niedrigen Beschäftigungsproduktivität.

Der informelle Sektor hat sich in mehreren der ehemaligen Sowjetrepubliken zu einem beträchtlichen Wirtschaftsfaktor entwickelt. Je nach Definition erreicht der Anteil der Schwarzarbeit an der Gesamtbeschäftigung dort fast 20 Prozent. In erster Linie sind offenbar junge Männer, Alleinstehende und Geringqualifizierte in diesem Sektor zu finden. Dabei ist der Schritt in die Informalität keineswegs immer unfreiwillig. In Ländern wie der Ukraine, Georgien oder Russland wird Schwarzarbeit oftmals besser bezahlt als reguläre Beschäftigung.

Hartmut Lehmann

Informal Employment in Transition Countries: Empirical Evidence and Research Challenges

Comparative Economic Studies, 57(1) 2015, 1–30.

Wenn im Zuge der Transformation oder auch des Aufholprozesses von Schwellenländern ganze Unternehmenslandschaften neu strukturiert werden, sind Beschäftigungsabbau oder die Verlagerung von Arbeitsplätzen eine häufige Folge. Wie Erkenntnisse aus den Transformationsprozessen in Estland, Slowenien, der Ukraine und Russland belegen, wirkt sich die Verlagerung von Arbeitsplätzen überproportional auf Arbeitnehmer mit veralteten

Qualifikationen aus, die sich mit einem hohen Risiko von Langzeitarbeitslosigkeit konfrontiert sehen. Firmenspezifisches Wissen, das noch zu Zeiten der Planwirtschaft erworben wurde, erfuhr im Prozess der Transformation eine fast vollständige Entwertung.

Hartmut Lehmann

Worker Displacement in Transition Economies and in China

IZA World of Labor, 2014: 20
doi: 10.15185/izawol.20

Am Beispiel Russlands zeigt sich, dass ehemalige Beschäftigte von Staatsunternehmen selbst bei höherer formaler Qualifikation in besonderer Weise mit Wiederbeschäftigungsproblemen zu kämpfen hatten und damit anderen, formal geringer qualifizierten Arbeitslosen gleichgestellt waren. Freigesetzte Arbeitnehmer aus Staatsbetrieben wechselten zudem mit höherer Wahrscheinlichkeit in den informellen Sektor oder übernahmen

befristete Jobs – mit der Folge deutlich beeinträchtigter Arbeits- und Lebenszufriedenheit.

Die Weltwirtschaftskrise von 2008 traf die Transformationsländer unterschiedlich hart und stellte sie vor neue Herausforderungen. Während die Arbeitslosigkeit in einigen neuen EU-Mitgliedsländern – vor allem den baltischen Staaten – bis 2010 abermals auf ein zweistelliges Niveau wuchs, fiel der Anstieg in Russland vergleichsweise moderat aus. Doch über die unmittelbaren Arbeitsmarktfolgen hinaus stehen in allen Transformationsstaaten heute Themen wie die Abwanderung von Fachkräften, Mängel im Bildungssystem und der demografische Wandel auf der politischen Problemliste. Nicht zuletzt sorgt der schwelende Ukraine-Konflikt für erhebliche ökonomische Risiken.

Aus diesem Blickwinkel kann der Transformationsprozess vor allem in den vom Umbruch betroffenen GUS-Staaten noch

nicht als abgeschlossen gelten. Die Diagnose von IZA-Preisträger Jan Svejnar aus dem Jahr 2002, viele Menschen in den Transformationsstaaten hätten noch nicht den Eindruck, in einer voll funktionsfähigen Marktwirtschaft zu leben, wird verbreitet auch heute noch zutreffen. Angesichts der instabiler gewordenen politischen und ökonomischen Verhältnisse liegt in einer unzureichenden Akzeptanz marktwirtschaftlicher Reformen unverändert ein beträchtliches Risiko. Den Endpunkt einer erfolgreichen Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft nur an der Dominanz des Privatsektors in der Wertschöpfung, an anhaltenden Wachstumsraten, einer beherrschenden Rolle der Marktkräfte im Wirtschaftsleben oder einem EU-Beitritt festzumachen, wäre zu kurz gegriffen. Nach wie vor stehen insbesondere die osteuropäischen und zentralasiatischen Transformationsstaaten vor großen Aufgaben. Es erscheint ungewiss, ob sie diese in absehbarer Zeit werden meistern können.

Arbeitsmärkte in Transformations- und Schwellenländern

Forschungsprogramm des IZA

Seit über 15 Jahren leistet das IZA-Forschungsprogramm „Arbeitsmärkte in Transformations- und Schwellenländern“ unter der Leitung von *Hartmut Lehmann* (University of Bologna) und *Alexander Muravyev* (Higher School of Economics, Moskau) wichtige Beiträge zur ökonomischen Analyse des Übergangs von einer zentral organisierten Planwirtschaft zur Marktwirtschaft westlicher Prägung in den mittel- und osteuropäischen Staaten, aber auch zum wirtschaftlichen Aufbruch Chinas.

Neben zahlreichen in Eigenregie durchgeführten Forschungsprojekten kooperiert das IZA eng mit wichtigen internationalen Partnern wie der Weltbank, dem United Nations Development Programme, den Schools of Economics in London, Warschau, Moskau und Kiew, und zahlreichen Universitätsfakultäten unter anderem in den USA, Großbritannien und Italien.

Große Forschungsprojekte analysieren unter anderem die Kosten der Reorganisation von Arbeitsmärkten unter besonderer Berücksichtigung informeller Sektoren und der statistisch nicht erfassten, „informellen“ Arbeitslosigkeit. Die Forschungsthemen reichen bis hin zur politischen Ökonomie von Arbeitsmarktreformen und der Akzeptanz neuer Arbeitsmarktinstitutionen in einem demokratisierten Umfeld.

Über solche unmittelbar politikrelevanten Analysen hinaus leistet das IZA-Programm

umfangreiche allgemeine Forschung zu Transformations- und Schwellenländern. Die Transformation impliziert in den meisten Fällen abrupte und deutliche Veränderungen in Arbeitsmarktinstitutionen, in Unternehmen und im gesamten makroökonomischen Umfeld. Verhaltensanalysen von Individuen im Transformationskontext können helfen, Anreize und Präferenzen besser zu verstehen und so den Übergang von einem ins andere Wirtschaftssystem reibungsloser zu gestalten.

Hier konzentriert sich das IZA-Forschungsprogramm aktuell auf vier Themenfelder. Erstens wird die Beschäftigungs- und Lohnpolitik von Firmen im Transformationsprozess untersucht. Zweitens wurde begonnen, den Einfluss von kognitiven und nicht-kognitiven Fähigkeiten auf den Arbeitsmarkterfolg von ukrainischen Arbeitnehmern zu analysieren. Drittens werden vergleichende Analysen zur Rolle von Risikoeinstellungen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland und der Ukraine durchgeführt, um Unterschiede zwischen einer hochentwickelten Marktwirtschaft und einem Transformationsland zu beleuchten. Zuletzt ist ein neues Projekt initiiert worden, um den Zusammenhang zwischen den finanziellen Entscheidungen von Unternehmen und deren Beschäftigungspolitik während des Transformationsprozesses zu analysieren.

Jenseits der unmittelbaren Forschungsarbeit haben diverse Initiativen des IZA-Programm-

bereichs dazu beigetragen, die Datenbasis der unabhängigen Transformationsökonomie zu verbessern. Zu diesen Initiativen zählt insbesondere die Konzeption und Erhebung des Ukrainian Longitudinal Monitoring Survey (ULMS). Am Beispiel der Ukraine gestattet dieser einzigartige Datensatz viele neue Erkenntnisse zu den Verhaltensweisen der Individuen im Transformationsprozess. Inzwischen liegen bereits vier Befragungswellen vor (2003, 2004, 2007, 2012), in die inzwischen auch Risiko- und Zeitpräferenzen sowie Daten zu kognitiven und nicht-kognitiven Fähigkeiten einfließen.

Darüber hinaus hat das IZA den bestehenden Russian Longitudinal Monitoring Survey (RLMS) durch Daten zum Thema Entlassung und Verdrängung von Arbeitnehmern ergänzen können und organisiert die Sammlung von aggregierten Daten zu Arbeitsmarktergebnissen und Arbeitsmarktinstitutionen. Letztere beinhalten alle Transformations- und Schwellenländer, auch in Zentralasien. Um die Beziehung zwischen finanziellen Entscheidungen von Unternehmen und deren Beschäftigungspolitik besser analysieren zu können, werden Personaldaten von russischen und ukrainischen Firmen zusammengetragen. Unter anderem liegen von einem Unternehmen Daten zum gesamten Transformationszeitraum (1990–2010) vor und bieten eine ergiebige Quelle für neue Forschungsarbeiten.

IZA Prize in Labor Economics 2015 für Jan Svejnar

Im Rahmen der diesjährigen IZA/Weltbank-Konferenz zu Entwicklung und Beschäftigung (Seite 8), wurde auch der IZA Prize in Labor Economics 2015 an den tschechisch-amerikanischen Ökonomen *Jan Svejnar* (Columbia University) in Anerkennung seiner herausragenden Forschungsleistungen auf den Gebieten der vergleichenden Arbeitsmarktforschung und der Transformationsökonomie verliehen. IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und Laudator *John S. Earle* (George Mason University und IZA) würdigten die hohe Praxisrelevanz der Arbeiten Svejnar. IZA Compact dokumentiert Auszüge aus der offiziellen Preisbegründung des IZA-Preiskomitees.

„Jan Svejnar's umfangreiche Analysen des Übergangs sozialistischer Planwirtschaften zu marktwirtschaftlichen Strukturen haben nicht nur das wissenschaftliche Verständnis dieser Transformationsprozesse entscheidend vertieft, sondern auch der Politik wertvolle Handlungshinweise gegeben. Svejnar's Arbeiten haben maßgeblich dazu beigetragen, die ökonomischen Umbrüche in der Praxis erfolgreich zu bewältigen und zu große Risiken für die Volkswirtschaften und die sie tragenden Gesellschaften zu vermeiden.



Klaus F. Zimmermann, Jan Svejnar

die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Transformationsländern am Beispiel eines Vergleichs von Arbeitsmarkttrends in der Tschechischen Republik und der Slowakei (American Economic Review, 1998, mit *John C. Ham* und *Katherine Terrell*). Die Studie zeigte auf, dass neben Länderspezifika in Bezug auf institutionelle Gegebenheiten und das Verhalten von Unternehmen wie Individuen vor allem auch abweichende demographische Ausgangslagen und Nachfragekonstellationen den Verlauf der Arbeitslosigkeit stark beeinflussen.

Bereits kurz nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa legte Svejnar eine umfassende Agenda zur Gestaltung des Wandels von der Plan- zur Marktwirtschaft in Osteuropa vor. Sein 1991 im Journal of Economic Perspectives publizierter Beitrag legte überzeugend dar, wie wichtig Reformen auf der Mikroebene sind, um sich fundamental wandelnde Volkswirtschaften auf der Makroebene zu stabilisieren. Rückblickend zeigt sich, wie treffsicher Svejnar zu dieser frühen Zeit die Handlungsnotwendigkeiten in den Transformationsökonomien diagnostizierte: Effiziente Finanzmärkte, Handels- und Produktionsstrukturen setzten die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen und die Beseitigung von Marktzugangsbarrieren voraus, während zugleich Privatisierungen und Anreizprogramme in Staatsbetrieben – etwa in Form von an den kurz- und langfristigen Betriebserfolg geknüpften Managergehältern – die Unternehmen wesentlich leistungsfähiger machen konnten. Svejnar empfahl darüber hinaus gezielte Sozial- und Arbeitsmarktreformen einschließlich der Einführung von Arbeitslosenunterstützung und Weiterbildungsprogrammen nach westlichem Vorbild sowie die Förderung der räumlichen Mobilität von Erwerbspersonen, um die Arbeitsmarktflexibilität in den Transformationsgesellschaften insgesamt voranzubringen.

Ein Jahrzehnt später legte Svejnar eine vergleichende Analyse der bis dahin absolvierten Transformationsetappen in Osteuropa vor (Journal of Economic Perspectives, 2002). Dabei zeigte er auf, dass vor allem diejenigen Staaten den wirtschaftlichen Aufholprozess schneller und nachhaltiger durchlaufen hatten, die neben Makro-Stabilisierung, Preisliberalisierung und ersten Privatisierungsschritten („Typ 1“-Reformen) frühzeitig auch ihren Bankensektor reformiert, einen marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen geschaffen und die Privatisierung umfassender als andere Staaten in die Wege geleitet hatten. Die Transformationspraxis in Osteuropa zeigte, dass Svejnar's Politikempfehlungen von 1991 überaus scharfsichtig waren.

Der IZA-Preisträger publizierte im Verlauf des historisch einzigartigen Umbruchs von der Plan- zur Marktwirtschaft in Osteuropa zahlreiche weitere, einflussreiche Forschungsarbeiten zur Funktionsweise sozialistischer und marktorientierter Wirtschaftssysteme. Unter anderem analysierte er die Ursachen für

Ebenso erforschte Svejnar die Entwicklung der Humankapitalerträge in der Tschechischen Republik zur Zeit des Kommunismus und im Verlauf der Transformation zur Marktwirtschaft (Review of Economics and Statistics, 2005, mit *Daniel Münich* und *Katherine Terrell*). Die Analysen verdeutlichten die Stagnation der Bildungserträge vor und ihre rasante Steigerung nach dem politischen Umbruch von 1989. Weitere bahnbrechende Arbeiten Svejnar's studierten den Effekt der Privatisierung (Journal of Economic Literature, 2009, mit *Saul Estrin*, *Jan Hanousek*, und *Evžen Kočenda*) sowie das Investitionsverhalten der Unternehmen unter den besonderen Bedingungen der Transformation (Review of Economics and Statistics, 2002, mit *Lubomír Lízal*).

Für das Handbook of Labor Economics fasste Svejnar zudem nicht nur den Forschungsstand zu seinem zentralen Arbeitsgebiet mit unnachahmlicher Souveränität zusammen, sondern zeigte auch die künftigen Forschungsperspektiven und noch offenen Forschungsfragen auf. Für ihm nachfolgende Wissenschaftler sind seine Arbeiten von besonders großer Ergiebigkeit und Inspiration. Im Jahr 2012 erhielt Svejnar den Neuron-Preis des Karel Janecek Endowment for Research and Science für sein Lebenswerk.

Neben seinen überragenden Leistungen in der akademischen Forschung und diversen Funktionen im Wissenschaftsmanagement arbeitet Svejnar regelmäßig als Berater für Regierungen und Nichtregierungsorganisationen. Unter anderem berät er die Weltbank und die OECD, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung sowie die tschechische Regierung. Im Jahr 2008 kandidierte er für die Präsidentschaft der Tschechischen Republik.

Wie kein zweiter Ökonom verkörpert Jan Svejnar die wissenschaftlich akkurate und doch praxisnahe Begleitung und Evaluation der Transformationsepoche in Mittel- und Osteuropa. Er hat diese Fachdisziplin maßgeblich geprägt und den Beweis ihrer politischen Relevanz erbracht. Der IZA Prize 2015 würdigt seine über zwei Jahrzehnte erbrachten Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet, die akademische Pionierleistungen und Richtschnur für politisches Handeln zugleich sind.“

Ekkehard Ernst: „Wir brauchen eine bessere Balance“

Am 20. Mai 2015 referierte *Ekkehard Ernst*, Leiter der makroökonomischen Forschungsabteilung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO, Genf) im IZA Policy Seminar zum Wandel der globalen Arbeitswelt im Zeichen des demografischen Wandels. Im Mittelpunkt stand dabei das „Schrumpfen der Mittelschicht“ und die Frage, inwieweit sich das verbreitet rückläufige Arbeitsangebot eher zum Vor- oder Nachteil der Beschäftigten auswirken werde. Im Interview mit IZA Compact nimmt Ernst Stellung zu den besonderen Herausforderungen, denen sich die Entwicklungs- und Schwellenländer in dieser Hinsicht gegenüber sehen.



Ekkehard Ernst

IZA Compact: *Wie unterschiedlich wirken sich die jüngsten globalen Wirtschaftsentwicklungen auf die Arbeitsmärkte in den Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern aus?*

Ekkehard Ernst: Weltweit haben fast alle Arbeitsmärkte noch unter den Folgen der globalen Rezession zu leiden. Sie stehen dabei allerdings vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen. So herrscht in vielen entwickelten Staaten noch hohe Arbeitslosigkeit. Sie sinkt nur langsam, weil die wirtschaftliche Erholung vielfach nur schleppend vorankommt. Entwicklungs- und Schwellenländer hingegen kämpfen mit hohen Raten informeller Beschäftigung und Armut trotz Arbeit. Die hier zuletzt erreichten Fortschritte haben sich aufgrund der Wirtschaftskrise nicht fortgesetzt. Weniger als ein Viertel aller Arbeitnehmer weltweit haben einen permanenten Vollzeitjob, der ihnen genug Sicherheit und einen geregelten Zugang zu Sozialleistungen wie Krankenversicherung, Renten und Arbeitslosenversicherung ermöglicht. Viele Beschäftigte erleben eine Verschlechterung ihrer Jobqualität bei nur geringem Lohnwachstum und haben zugleich kaum Aussichten auf einen besser bezahlten Job.

Nur ein kleiner Teil des weltweiten Erwerbspersonenreservoirs wird in den kommenden Jahren von spürbaren Verbesserungen profitieren. Das Angebot an hoch qualifizierten, gut bezahlten Jobs wird zwar zunehmen, aber bis 2020 weniger als zwanzig Prozent der globalen Beschäftigung ausmachen. Gleichzeitig aber wird das Jobangebot für die große Gruppe von Menschen mit mittlerer Qualifikation in globaler Perspektive nur schwach zunehmen, wenn überhaupt. In vielen Industriestaaten geht es sogar heute schon zurück. Dieser Prozess der sogenannten „Aus-höhlung“ wird die Mittelschicht weiter unter Druck setzen und weltweit zu größerer Einkommensungleichheit führen.

Inwieweit hängt dieser Trend auch mit dem rasanten technologischen Wandel zusammen?

Das Mittelklasse-Problem strahlt inzwischen auch bereits auf viele Schwellenländer aus, vor allem im Mittleren Osten und in manchen ASEAN-Ländern in Südostasien. Das ist deshalb so besorgniserregend, weil es sich hier um aufstrebende Staaten mit einer wachsenden Bedeutung der jeweiligen Mittelschicht handelt. Sie trifft der Trend besonders hart. Der technologische Fortschritt vollzieht sich heute mehr denn je über die globalisierten Produktionsketten, setzt die Nutzung kompatibler Techniken voraus und

erreicht deshalb in seinen Auswirkungen auch die Entwicklungs- und Schwellenländer immer schneller. Dies führt auch dort dazu, dass Jobs verschwinden, die von intelligenten Maschinen übernommen werden können. Das betrifft in wachsendem Maß auch die Dienstleistungssektoren.

Lassen Einkommenskluft und Arbeitsplatzunsicherheit gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern eine Atmosphäre sozialer Unruhe entstehen?

Das eigentliche Risiko ist ein anderes: Die steigende globale Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitern wird das Angebot immer weiter übertreffen. Auf diese Weise werden die Einkommen am oberen Ende der Lohnverteilung nach oben katapultiert. Weil gleichzeitig das weltweite Arbeitskräfte-reservoir in den nächsten Jahrzehnten langsamer wachsen wird als früher, genügt dies, um den globalen Einkommensdurchschnitt zumindest für einige Zeit über das Produktivitätswachstum hinaus anzuheben. Gleichzeitig werden technologischer Fortschritt und Automatisierung den Druck auf die Bezieher mittlerer und niedriger Einkommen erhöhen, sich für dieselben geringqualifizierten Jobs zu bewerben. Dadurch wird der deflationäre Einkommensdruck am unteren Ende der Lohnverteilung noch beschleunigt.

Dass das Durchschnittseinkommen zwar steigt, die Verteilung jedoch zunehmend ungleich wird, erschwert die Aufgabe von politischen Entscheidungsträgern erheblich. Eine einfache Umverteilung von Kapitaleignern auf Arbeitnehmer wird nicht funktionieren. Und eine progressive Einkommensbesteuerung würde den Lohndruck an der Spitze weiter erhöhen, wenn die Arbeitsnachfrage unelastisch ist. Langfristige Lösungen wie Verbesserungen im Bildungssystem und in der Ausbildung sind dringend nötig, können jedoch nicht schnell genug positive Ergebnisse erzielen. Das birgt die Gefahr, dass es noch mehr frustrierte junge Menschen geben könnte, die für sozialen Unfrieden auf der Welt sorgen.

Können makroökonomische Politikmaßnahmen und institutionelle Reformen helfen, den Zugang zu „guter Arbeit“ weltweit zu verbessern?

In der Tat: Die makroökonomischen Rahmenbedingungen für die Schaffung neuer Jobs müssen wesentlich verbessert werden. Bislang haben die Kapitaleigner aufgrund von monetären Anreizen enorme Mitnahmeeffekte erzielt. Kapital wurde billiger als Arbeit, was zu Marktverzerrungen geführt und Investitionen in arbeitssparende Technologien zusätzlich begünstigt hat. Wir brauchen hier dringend eine bessere Balance und finanzpolitische Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, Beschäftigung zu schaffen, sei es in Form von Steuererleichterungen oder Lohnzuschüssen. Der Trend zur Digitalisierung der Arbeitswelt lässt sich nicht aufhalten. Also müssen wir unsere Bildungssysteme darauf vorbereiten. Lebenslanges Lernen muss endlich eine selbstverständliche Realität werden. Wir brauchen weltweit mehr Möglichkeiten für berufsbegleitende Weiterbildung. Die staatlichen Arbeitsvermittlungsangebote müssen stärker auf die technologische Befähigung von Arbeitssuchenden ausgerichtet werden – auch in Kooperation mit dem privaten Sektor –, um Arbeitslosigkeit zu verkürzen und die Reintegration in den Arbeitsmarkt erfolgreicher zu gestalten. Nicht zuletzt müssen die Unternehmen die richtigen Anreize erhalten, um ihrerseits stärker in die Qualifikation ihrer Beschäftigten zu investieren.

Neue Jobchancen durch technologischen Wandel?

Zehnte Fachkonferenz von IZA und Weltbank zu Entwicklung und Beschäftigung

Seit dem Jahr 2006 richten IZA und Weltbank im Rahmen ihrer umfangreichen Kooperation eine jährliche Fachkonferenz zu Fragen von Entwicklung und Beschäftigung aus. Die Expertentagungen richten sich gleichermaßen an Wissenschaftler wie Politiker und Vertreter von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Sie ermöglichen einen intensiven Erfahrungsaustausch über neue Ansätze der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und stellen aktuelle Evaluationsresultate zu bestehenden Förderprogrammen vor.

Schwerpunktthema der diesjährigen, in Bonn ausgerichteten IZA/Weltbank-Konferenz war die Frage, inwieweit der rasche technologische Wandel gerade auch in Entwicklungs- und Schwellenländern neue Chancen zum Aufbau existenzsichernder Beschäftigung bietet oder den Rückstand gegenüber der entwickelten Welt gar noch zu vergrößern droht.

In seiner Keynote-Ansprache analysierte *Jan Svejnar* (Columbia University, IZA-Preisträger 2015) den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und ungleicher Wohlstandsentwicklung im internationalen Maßstab. Er verdeutlichte, dass eine zu große Vermögensungleichheit – etwa hervorgerufen durch politische Einflussnahme und Korruption – im Unterschied zu „regulären“ Einkommensungleichheiten zu negativen gesamtwirtschaftlichen Effekten führe. Wirtschaftspolitische Bemühungen zur Sicherung und Förderung von Wachstum müssten deshalb verstärkt eine fairere Verteilung von Wohlstandsgewinnen in den Blick nehmen.

Sebastian Monroy-Taborda (Weltbank) untersuchte die langfristigen Folgen der Technologisierung für Arbeitsmärkte in Entwicklungsländern. Seinen Analysen zufolge sind die digitalen Technologien in Entwicklungsländern zwar derzeit noch schwach ausgeprägt, entwickelten sich aber noch dynamischer als in den Industriestaaten. Dennoch gebe der Aufholprozess den Staa-



D. Lam, A. Basu, C. Giulietti, G. Fields, D. Robalino, H. Lehmann, K. F. Zimmermann

ten ausreichend Gelegenheit für politische und institutionelle Anpassungen, auf die auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit hingewirkt werden müsse. Große Arbeitsplatzverluste aufgrund von Computerisierung seien in Entwicklungsländern kurzfristig nicht zu erwarten.

Gary S. Fields (Cornell University und IZA) gilt als einer der einflussreichsten Entwicklungsökonom weltweit. Für seine fundamentalen Beiträge zum Zusammenhang von effizienten Arbeitsmarktstrukturen und Armutsbekämpfung, die er regelmäßig auch bei den IZA/Weltbank-Konferenzen präsentiert, erhielt er im Jahr 2014 den IZA Prize in Labor Economics. Eine zu seinen Ehren organisierte Session der diesjährigen Konferenz verdeutlichte die große politische Aktualität seiner Forschungsarbeiten. *Arnab Basu* (Cornell University und IZA) würdigte Fields Beiträge zum Verständnis von Arbeitsmärkten in Entwicklungsländern: Anders als in den klassischen Analysemodellen vorgesehen, integrierte Fields – bahnbrechend für diesen Forschungszweig – den informellen Sektor und weitere Charakteristika in seinen Forschungsansatz. *David Robalino* (Weltbank und IZA-Programmdirektor) stellte die unveränderte Aktualität von Fields Buch „Working Hard, Working Poor“ heraus, während *David Lam* (University of Michigan und IZA-Programmdirektor) am Beispiel Brasiliens zeigte, dass Fields frühe Analysen aus den 1960er Jahren bis heute die Untersuchungen von Einkommensungleichheit

und Wirtschaftswachstum beeinflussen. *Hartmut Lehmann* (University of Bologna und IZA-Programmdirektor) betrachtete anhand von Fields Forschungsansatz die Segmentierungstendenzen innerhalb des russischen Arbeitsmarkts.

Migration und Entwicklung

Das von *Anke Rasper* (Deutsche Welle) moderierte Policy Forum der Konferenz versammelte deutsche Politikvertreter und Experten von UN, Weltbank und IZA. Dabei standen die jüngsten weltweiten Wanderungsbewegungen im Vordergrund der Diskussion. Hauptredner *Thomas Silberhorn* (Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hob die Chancen hervor, die sich aufgrund der technologischen Entwicklung für die Schaffung besserer Beschäftigungsmöglichkeiten in Entwicklungsländern böten. Regierungen vor Ort und internationale Entwicklungszusammenarbeit müssten allerdings noch stärker darauf hinwirken, die Perspektiven der jungen Generation zu verbessern. Dazu könne auch eine gezielte zirkuläre Migration beitragen, die den Erwerb von Qualifikation in den Mittelpunkt stelle.

Laura Thompson (International Organization for Migration) plädierte angesichts der starken Zunahme illegaler Migration für eine gezielte Ausweitung legaler Einwanderungsmöglichkeiten, die aus demografischen Gründen ohnehin im Interesse der meisten Zielländer liegen sollte. Die oft stark verfälschte Wahrnehmung von Migration und Migranten in vielen entwickelten Staaten lasse die Politik zögern oder falsch reagieren – umso wichtiger sei es, dass die Medien ihrer Verantwortung besser gerecht würden und nicht Stimmungen bedienen, sondern Fakten berichteten.

Nigel Twose (Weltbank) machte deutlich, dass mit einer besseren Planung und Organisation von Zuwanderung deren Nutzen für die jeweilige aufnehmende Gesellschaft vergrößert



T. Silberhorn, N. Twose, A. Rasper, K. F. Zimmermann, L. Thompson, A. Brown

werden könne. Zu einem vorausschauenden Migrationsprogramm gehöre es, die Fähigkeiten und Potenziale von Migranten in den Aufnahmeländern besser zu erkennen und zu integrieren. Damit sei zugleich ein wichtiger entwicklungspolitischer Effekt verbunden, denn am Integrations-, Bildungs- und Arbeitsmarkterfolg der Migranten partizipierten in Form größerer Geldrücksendungen oder durch Rückkehrmigration auch die Herkunftsländer. Migration stelle folglich nicht nur eine Herausforderung dar, sondern sei zugleich Teil der Problemlösung.

Klaus F. Zimmermann (Direktor des IZA) erläuterte am Beispiel der verbreiteten Unkenntnis über die Zusammenhänge der internationalen Migration den immer größeren Stellenwert unabhängiger Informationsquellen für Politik und Öffentlichkeit. Mit dem Online-Kompodium IZA World of Labor stelle die unabhängige Wissenschaft inzwischen ein breit gefächertes Informationsangebot gerade auch zu Fragen von Zuwanderung und Arbeitsmarktintegration zur Verfügung. Bessere und online leicht verfügbare Informationen

über Einreisemöglichkeiten und -anforderungen seien zugleich aber auch für die Wanderungswilligen selbst entscheidend. Hier sah Zimmermann mit Blick auf Deutschland und die Europäische Union noch erheblichen Nachholbedarf und forderte zugleich mehr Spielraum für zirkuläre und temporäre Migration. Einen möglicherweise kontraproduktiven Effekt könnten in dieser Hinsicht Strategien zur Erschwerung der (Wieder-)Einreise haben, da Migranten entgegen ihrer ursprünglichen Intention durchweg länger in ihren Aufnahmeländern bleiben würden, wenn sie dorthin nach einer etwaigen Ausreise nicht zurückkehren können. In entwicklungspolitischer Hinsicht müsse aber gerade die Mobilität von Humankapital und Knowhow durch zirkuläre und Rückkehrmigration gefördert werden.

Qualifikation muss mit technologischem Wandel Schritt halten

Eine weitere Diskussionsrunde unter Beteiligung des Netzwerks der IZA Policy Fellows erörterte die Notwendigkeit, Programme der Entwicklungszusammenarbeit auf die

Qualifizierung für die digitale Arbeitswelt auszurichten. Zu den IZA Policy Fellows zählen ausgewählte Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, die an einem kontinuierlichen Austausch mit der Wissenschaft interessiert sind.

An der lebhaften Debatte in diesem Kreis wirkten auch Jan Svejnar, Gary S. Fields, David Robalino, *Stefano Scarpetta* (OECD und IZA) und Klaus F. Zimmermann mit. Deutlich wurden Chancen wie Risiken des voranschreitenden technologischen Wandels in Entwicklungs- und Schwellenländern: Einerseits könnte die Digitalisierung den Aufholprozess erleichtern und vor allem die Schaffung von „guten“ Jobs begünstigen. Andererseits bestehe die Gefahr einer Verschärfung der Kluft zwischen Modernisierungsgewinnern und -verlierern, wenn es nicht gelinge, die Qualifikation der Menschen vor Ort entsprechend weiterzuentwickeln. Die Experten sahen hier einen zentralen Fokus künftiger Entwicklungszusammenarbeit, um Rückschläge durch erneut wachsende Ungleichheit und damit entstehenden neuen Migrationsdruck zu vermeiden.

Entwicklung und soziale Sicherung: Neues IZA-Buch

Unter dem Titel „Social Insurance, Informality and Labor Markets – How to Protect Workers While Creating Good Jobs“, widmet sich ein kürzlich erschienenes Fachbuch der Fragestellung, wie eine ausreichende soziale Sicherung in Niedrigeinkommensländern erreicht und Armut wirksam bekämpft werden kann. Diese Thematik ist regelmäßiger Gegenstand der gemeinsamen Forschungs- und Beratungsaktivitäten von IZA, Weltbank und Inter-American Development Bank (IDB). Alle drei Partner haben ihre Expertise in das neue Buch eingebracht, das die wichtigsten Erkenntnisse aus der Forschung aufbereitet. Herausgegeben wurde der Band von den IZA Research Fellows *Markus Frölich* (Universität Mannheim), *David Kaplan* (IDB), *Carmen Pagés* (IDB), *Jamele Rigolini* (Weltbank) und *David Robalino* (Weltbank).

In vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas beschränkt sich die soziale Sicherung bislang auf Personen in formellen Beschäftigungsverhältnissen, die allerdings nur einen recht kleinen Teil der Bevölkerung ausmachen. Personen ohne feste Arbeitsverträge, Tagelöhner, informell Beschäftigte, Selbstständige, Landwirte und Kleinstunternehmen haben in diesen Ländern oftmals keinen Zugang zu effektiven Absicherungen gegen Krankheit, Tod, Arbeitslosigkeit oder Altersarmut. Dieser als informeller Sektor bezeichnete Teil der Bevölkerung umfasst in vielen Ländern

Afrikas, Asiens und Lateinamerikas oftmals weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung und wächst in vielen Ländern eher noch weiter, statt sich rückläufig zu entwickeln.

Im Verlauf der jüngsten weltweiten Wirtschaftskrise hat sich diese Problematik und die Verwundbarkeit der Betroffenen weiter verschärft. Zentrales Thema des neuen Buches ist die Fragestellung, wie soziale Sicherung auch für den informellen Sektor geschaffen werden kann, ohne zugleich Marktverzerrungen, Arbeitslosigkeit und Anreize zur Informalität zu generieren. Im ersten Teil des Buches werden die historischen Entwicklungen der sozialen Sicherung insbesondere in Lateinamerika betrachtet. Geleitet von der Sozialgesetzgebung Bismarcks wurde in vielen Ländern ein Sozialversicherungssystem eingeführt, welches an einen Arbeitsvertrag anknüpft und üblicherweise lohnabhängige Beiträge vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer einbehält. Beschäftigte im informellen Sektor waren von diesem beitragsfinanzierten System demzufolge ausgenommen. Man ging davon aus, dass der informelle Sektor nur ein temporäres Phänomen der Industrialisierung darstelle und sich die Wirtschaft früher oder später weitgehend formalisieren und an westliche Standards anpassen würde.

Der informelle Sektor blieb jedoch in Lateinamerika über mehrere Jahrzehnte hinweg

sehr groß und wuchs teilweise sogar noch an. Um auch den oftmals prekär armen Haushalten im informellen Sektor eine Absicherung gegen existenzielle Risiken zuzusichern, wurde ein paralleles, nicht-beitragsfinanziertes System der Absicherung gegen Krankheiten und Armut geschaffen. Diese Parallelität der Systeme erreicht zwar eine größere Abdeckung der Bevölkerung, bringt jedoch auch verzerrende Anreizprobleme mit sich: Durch das Angebot einer Grundsicherung im informellen Sektor wird es attraktiver, dort zu arbeiten, um Steuern und Abgaben zu sparen. Da die Absicherung im informellen Sektor steuerfinanziert ist, steigt zudem auch die steuerliche Belastung der Einkommen und Unternehmensgewinne in diesem Segment, was wiederum die Anreize zur Informalität erhöht und somit zu einer Art „Teufelskreis“ führen kann.

Während der erste Teil des Buchs sich insbesondere der Analyse dieser Verzerrungswirkungen durch beitrags- und nicht-beitragsfinanzierte Systeme widmet und versucht, die Größenordnungen dieser Ausweichreaktionen abzuschätzen, geht es im zweiten Teil um die Akzeptanz und den Leistungsumfang der regulären Sozialversicherung. Damit Arbeitnehmer sich für den formellen Beschäftigungssektor entscheiden und dort ihre Beiträge bereitwillig leisten (und nicht durch Informalität vermeiden möchten), ist es notwendig, dass sie auch

die Sozialversicherungsleistungen entsprechend wertschätzen. Diese subjektive Wertschätzung variiert jedoch stark je nach Arbeitsmarktkonstellation und Wohlstandsniveau. Beispielsweise hat eine garantierte Altersrente ab 65 für Personen in armen Verhältnissen in der Regel einen subjektiv als geringer erachteten zukünftigen Wert im Vergleich zu einem sofort erzielbaren, höheren Lohn im informellen Sektor. Sie würden deshalb in ihrer überwiegenden Mehrheit eine Tätigkeit im informellen Sektor mit höherem Lohn, aber dafür ohne Rentenabsicherung, bevorzugen. Personen mit begründeter Hoffnung auf eine günstigere Einkommensentwicklung und niedriger Diskontrate würden hingegen für die Aussicht auf eine sichere Altersrente einen niedrigeren derzeitigen Lohn akzeptieren.

Diese Aspekte werden auch dadurch verstärkt, dass in vielen Ländern die Rentenhöhe vom letzten Gehalt abhängt, sodass die Rentenversicherung insbesondere für jene Menschen lukrativ wird, die im Lebensablauf einen stark ansteigenden Lohnpfad erwarten. Im Umkehrschluss ist die Rentenversicherung für Menschen weit weniger attraktiv, die solche

Perspektiven subjektiv nicht erkennen können. Für letztere verschafft dies weitere Anreize, um im informellen Sektor tätig zu werden oder zu bleiben. Um den formellen Sektor relativ attraktiver zu gestalten, kann es deshalb sinnvoll sein, die Leistungen der Sozialversicherung auf die wertgeschätzten und gewünschten Aspekte zu beschränken und Zusatzleistungen als freiwillige Ergänzungskomponenten anzubieten. Das Buch erörtert mögliche Politikoptionen und Lösungsvorschläge.

Darüber hinaus beleuchtet der Band Umverteilungs- und Finanzierungsaspekte. Die ärmsten Bevölkerungsschichten können im Allgemeinen die Versicherung ihrer existenziellen Risiken gar nicht finanzieren, da die aufzubringenden Beiträge ihr Einkommen zu stark beschneiden oder gar übersteigen würden. Ihre Integration in die soziale Sicherung zöge also infolge der notwendigen Subvention erhebliche Umverteilungswirkungen nach sich, die unweigerlich Marktverzerrungen hervorrufen und Verhaltensanpassungen auslösen würden. Wie kann eine Umverteilung innerhalb der sozialen Sicherung erreicht werden, ohne übermäßige Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt hervorzurufen? Sind zielgruppenspezifische Varianten

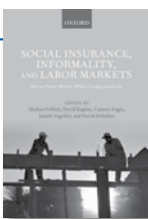
sinnvoll, und sollten Beiträge oder aber Leistungen subventioniert werden? Mehrere Buchbeiträge gehen diesen Fragen nach. Zum Abschluss des Bandes werden mögliche Finanzierungsformen für die soziale Sicherung sowie die Vor- und Nachteile von Konsumsteuern, Einkommenssteuern und Arbeitgeber-/Arbeitnehmerbeiträgen betrachtet.

Das vom IZA in Kooperation mit Weltbank und IDB vorgelegte Buch unterstreicht die Bedeutung einer sorgfältigen wissenschaftlichen Begleitung der Entwicklungspolitik auf dem Weg hin zu einer wirksameren Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut auf der Welt.

Markus Frölich, David Kaplan, Carmen Pagés, Jamelo Rigolini, David Robalino

Social Insurance, Informality and Labor Markets – How to Protect Workers While Creating Good Jobs

Oxford University Press 2014, 544 Seiten.
ISBN: 978-0199685233



Neue Initiativen des IZA-Datenservicezentrums (IDSC) zur Zitation und Wiederverwendung von Datensätzen

Das Internationale Datenservicezentrum (IDSC) des IZA engagiert sich seit Jahren für die Verbesserung der Dateninfrastruktur für die unabhängige Arbeitsmarktforschung und benachbarte Disziplinen. Es hält unter anderem umfangreiche Datensätze, teils exklusiv, zur Nutzung bereit, erstellt die zugehörigen Dokumentationen und sorgt mit innovativen Fernrechenmodulen dafür, dass auch zugangsbeschränkte Daten unter Wahrung des Datenschutzes ausgewertet werden können.

Das IDSC versteht seine Aufgabe zudem darin, transparente Verfahren zur richtigen Zitierung von Datensätzen im Rahmen von Forschungsarbeiten zu etablieren. Die Aufbereitung und Bereitstellung von Datensätzen verdient im Wissenschaftsprozess insgesamt größere Anerkennung, die auch der Qualitätssicherung dient. Im Gegensatz zur Zitierung von Fachliteratur bestehen hier noch erhebliche Defizite, die es im Interesse von Datenproduzenten und einer wissenschaftlichen Überprüfbarkeit von Forschungsergebnissen systematisch zu beheben gilt. Nicht zuletzt besteht das Ziel hier auch darin – wie im Falle der Messung des Einflussfaktors von Fachliteratur anhand der Häufigkeit und Verbreitung von Zitierungen – den wissenschaftlichen Stellenwert von Datensätzen genauer messen zu können.

IDSC-Empfehlungen zur Zitierung von Datensätzen

Ab sofort besteht für das gesamte Forschungsnetzwerk des IZA die Möglichkeit, sich anhand einer IDSC-Datenbank über die empfohlenen oder von Datenproduzenten vorgegebenen Standards zur angemessenen Zitierung von Datensätzen zu informieren. Für die wichtigsten Datensätze der Arbeitsmarktforschung hat das IDSC die entsprechenden Hinweise zusammengetragen und leistet damit Pionierarbeit auf dem Weg zu einer allgemeingültigen Konvention für das richtige Zitieren von wissenschaftlichen Daten. Dort, wo für einzelne Datensätze seitens der Urheber noch keine adäquaten Standards gesetzt worden sind, strebt das IDSC diese an. Die IZA-eigenen Publikationen setzen diese Standards bereits um; Autoren der IZA Discussion Papers sollten gleichfalls den IDSC-Empfehlungen folgen.

► <https://idsc.iza.org/citations>

Neuer Dienst zur Datenspeicherung

Über die Nutzung vorhandener Daten hinaus erheben empirisch arbeitende Wissenschaftler die von ihnen benötigten Daten zunehmend selbst. Für den Datensatz solcher Forschungsarbeiten existiert in der Regel weder eine Zitiermöglichkeit, noch ist die Wiederver-

wendbarkeit dieser Daten durch andere Wissenschaftler ohne weiteres gegeben. Fachzeitschriften erheben allerdings die Dokumentation der verwendeten Daten zunehmend zur Voraussetzung einer Publikation.

An dieser Stelle setzt eine weitere Initiative des IDSC an: Ein neuer Datenspeicherdienst gibt den Produzenten solcher Daten auf einfache Weise die Möglichkeit, ihre Datensätze zu archivieren und zu verwalten. Die Rechte der Datenurheber bleiben dabei unberührt – das Serviceangebot des IDSC gibt ihnen jederzeit die volle Kontrolle darüber, ob, wann und in welchem Umfang ihre Daten für andere Nutzer freigeschaltet werden. Das IDSC wird diese Daten technisch verwalten und eine DOI-Adresse vergeben, um sie permanent identifizierbar und zitierfähig zu machen.

Daten auf diese Weise für eine Wiederverwendung zu organisieren, wird nicht zuletzt auch im Rahmen von Drittmittel-Forschungsprojekten immer wichtiger. Das neue Angebot des IDSC am IZA will einen Beitrag dazu leisten, Forschungsergebnisse leichter reproduzieren und überprüfen zu können, aber auch Datenproduzenten dabei unterstützen, mit ihren Daten angemessen zitiert zu werden.

► <https://idsc.iza.org/datasets>

Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit

Wie sieht die Situation in Europa aus?

Maßnahmen gegen die Langzeitarbeitslosigkeit stehen ganz oben auf der Agenda der Europäischen Union, aber auch in Deutschland rückt das Thema zunehmend ins Zentrum der arbeitsmarktpolitischen Diskussion. Eine aktuelle IZA-Studie von *Werner Eichhorst, Franziska Neder, Verena Tobsch und Florian Wozny* analysiert ländereübergreifend den Status quo der Langzeitarbeitslosigkeit in den EU-Staaten.

Eine Bewertung des Erfolgs einzelner Länder bei der Reduzierung von Langzeitarbeitslosigkeit lässt sich nicht mit einfachen Kennzahlen vornehmen, sondern muss mehrere Dimensionen berücksichtigen. Zwar hat Deutschland vergleichsweise wenige Langzeitarbeitslose, wenn man ihren Anteil an allen Erwerbspersonen betrachtet, jedoch ist der Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen recht hoch.

Dies kann zum einen dadurch erklärt werden, dass eine kontinuierlich steigende Arbeitsnachfrage, wie sie seit Jahren in Deutschland zu beobachten ist, fast zwangsläufig zu einer Erhöhung des Anteils der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen führt. Kurzzeitarbeitslose weisen oftmals weniger Vermittlungshemmnisse auf und werden deshalb bei steigender Arbeitsnachfrage bevorzugt eingestellt. Die konjunkturelle Lage eines Landes spielt deshalb in der Bewertung von Langzeitarbeitslosigkeit eine entscheidende Rolle.

Der relativ hohe Anteil von Langzeitarbeitslosen in Deutschland kann aber auch dadurch erklärt werden, dass die Erwerbsfähigkeit in Deutschland weiter gefasst wird als in anderen Ländern und der Zugang zu anderen Sozialleistungen hierzulande weniger als anderswo für ein „Verstecken“ von (Langzeit-)Arbeitslosigkeit genutzt wird, etwa in Erwerbsunfähigkeitsrenten, längerfristigem Bezug von Krankengeld oder Vorruhestandsleistungen. Damit befinden sich in der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland auch arbeitsmarktfremere Gruppen, die jedoch prinzipiell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen sollen und deshalb leichter über die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik erreicht werden können, als wenn sie sich in anderen Sozialleistungssystemen befänden.

Vergleichbarkeit von Arbeitslosigkeit in Europa erhöhen

Ein klareres Bild liefert deshalb die Erfassung von „klassischen“ Langzeitarbeitslosen und

langzeitinaktiven Personen (mit Erwerbsunfähigkeitsrenten, längerfristigem Bezug von Krankengeld oder Vorruhestandsleistungen). Dadurch wird die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern erhöht (siehe Abbildung). Es zeigt sich, dass der Anteil der langzeitarbeitslosen und inaktiven Personen in Deutschland im Jahr 2013 mit rund 17 Prozent zu den niedrigsten in Europa gehört.

Dies ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Frauenerwerbsquote in Deutschland traditionell eher niedrig ist. Ein Blick auf Schweden verdeutlicht jedoch, wie viel Potenzial noch immer in der langzeitarbeitslosen bzw. inaktiven Bevölkerung steckt. Lediglich 11,5 Prozent der Erwerbsbevölkerung gilt dort als langzeitarbeitslos oder langzeitinaktiv.

Im starken Kontrast hierzu stehen die Zahlen aus Spanien, Italien und Griechenland. Während in Spanien rund 27 Prozent seit mindestens einem Jahr nicht mehr beschäftigt waren, waren es in Italien bereits 31 Prozent und in Griechenland 39 Prozent.

Der internationale Vergleich zeigt, dass es keine einfache arbeitsmarktpolitische Lösung für Personen mit größeren Vermittlungshemmnissen gibt, sondern dass es vor allem darauf ankommt, durch intensive und konstruktive Betreuung und Unterstützung die jeweilige individuelle Situation zu verstehen und geeignete Förderprogramme zu realisieren. Das jeweilige Maßnahmenbündel ist also entscheidend, nicht der massive Einsatz einzelner Instrumente.

Gleichzeitig gibt es aber auch Belege dafür, dass gerade Langzeitarbeitslose mittelfristig

von einem gezielten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Programme profitieren, nicht zuletzt vom Erwerb oder der Erneuerung beruflicher Qualifizierung.

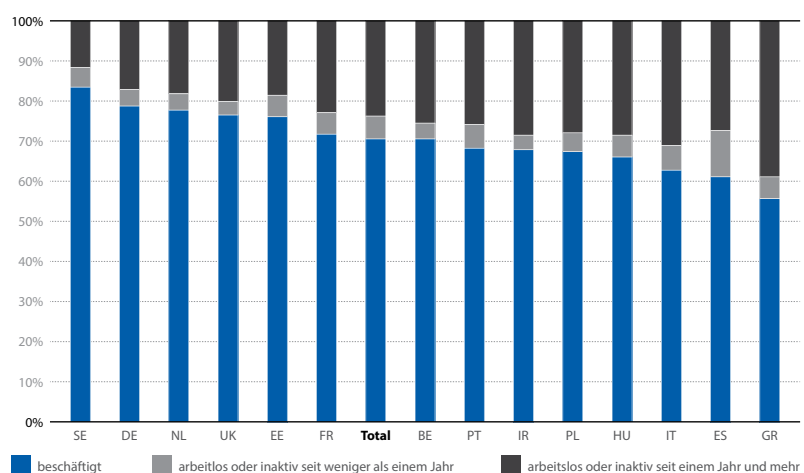
Europäische Union und Deutschland müssen Kapazitäten aufbauen

Eine zentrale Rolle spielt weiterhin die Häufigkeit, Intensität und Qualität von Gesprächen mit den Fallmanagern. Ausreichende Personalausstattung, eine gute Qualifizierung und ausreichende Handlungsspielräume sind hier entscheidend. In Staaten mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit muss insbesondere der Aufbau solcher Kapazitäten vorangetrieben werden, neben der Entwicklung innovativer und wirksamer Instrumentenbündel.

Die EU kann über den Europäischen Sozialfonds zur Lösung dieser Herausforderungen beitragen. Auch in Deutschland sollten die Ressourcen gezielt in Maßnahmen für die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen investiert werden.

Es zeigt sich aber auch, dass klar zwischen Ländern differenziert werden muss, in denen die Nichtbeschäftigung zu einem Massenphänomen geworden ist – wie in Griechenland – und Ländern wie Deutschland. Während die Qualifizierung in Deutschland eine enorme Rolle spielt, ist sie etwa in Griechenland weniger von Bedeutung, da bereits viele Hochqualifizierte unter den Langzeitnichterwerbstätigen sind. In diesen Ländern geht es zunächst einmal darum, eine entsprechende Arbeitsnachfrage zu generieren.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Europa, 2013



Quelle: EU-LFS 2013, bis auf Frankreich (2012), Erwerbsbevölkerung (25 bis 64 Jahre)

Zukunft der Gewerkschaften

Neue IZA-Studie und Veranstaltung mit DGB-Chef Reiner Hoffmann

Die Arbeitswelt verändert sich aufgrund des rasanten technischen Fortschritts immer schneller. Digitalisierung und „Industrie 4.0“ werden dafür sorgen, dass die Flexibilisierung von Arbeitszeiten, Arbeitsorten und Arbeitsformen einen weiteren Schub bekommt. Intelligente Maschinen und Roboter sind in der Produktion auf dem Vormarsch. Das schafft neue Spielräume für die Verbindung von Arbeit und Freizeit, sorgt aber auch für neue Gestaltungsnotwendigkeiten. Insbesondere die Gewerkschaften sehen sich vor großen Herausforderungen hinsichtlich der Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen in einer variantenreichen Arbeitswelt.

Ein neuer IZA-Standpunkt von *Werner Eichhorst, Holger Hinte, Alexander Spermann* und *Klaus F. Zimmermann* benennt sechs zentrale Gestaltungsfelder, auf die die Gewerkschaften künftig ihren Fokus richten sollten. Neben der kreativen Regulierung von Arbeitszeiten sollte dabei die Modernisierung von Weiterbildungsangeboten im Zentrum stehen. Die Studie gelangt zu dem Ergebnis, dass die Rolle der Gewerkschaften als Korrektiv in der digitalen Arbeitswelt nicht geringer werden wird.

Über die Frage, wie die Gewerkschaften ihren Mitgestaltungsanspruch in einer unübersichtlicher werdenden Arbeitslandschaft erfolgreich durchsetzen können, diskutierten IZA-Direktor Zimmermann und der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), *Reiner Hoffmann*, im Rahmen des 32. IZA Tower Talk am 20. August in Bonn.



Reiner Hoffmann

Aufs Kerngeschäft besinnen, neue Zielgruppen gewinnen

Zimmermann verwies zu Beginn der Veranstaltung darauf, dass das „neue Denken“, das in den Veränderungen vor allem die Chancen für mehr Arbeitnehmersouveränität erkenne, auch in den Gewerkschaften noch stärker verinnerlicht werden müsse. Aktuelle Entwicklungen wie etwa den Trend zur Bedienung von Partikularinteressen von kleinen Einzelgewerkschaften sah Zimmer-

mann vor diesem Hintergrund als „wenig hilfreich“ an. Für die Gewerkschaften komme es vor allem darauf an, ihren Organisationsgrad unter den Beschäftigten in neuen Arbeitsformen zu steigern und sich auf ihr „Kerngeschäft“ zu besinnen. Dazu seien neue Formen der Ansprache von Zielgruppen und gezielte Beratungsangebote und Dienstleistungen gerade auch für die wachsende Gruppe von „Arbeitnehmer-Selbstständigen“ gefragt.

In seinem Vortrag betonte der DGB-Vorsitzende, dass die Digitalisierung der Arbeitswelt nicht nur Jobs bedrohe, sondern zugleich viele neue Jobmöglichkeiten für Arbeitnehmer schaffe. Hoffmann nannte als eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften sicherzustellen, dass die Digitalisierung nicht allein gut qualifizierten Beschäftigten Vorteile bringe, sondern die Chancen und Produktivitätsfortschritte fair verteilt würden. Dazu seien insbesondere im (Weiter-)Bildungsbereich erhebliche Anstrengungen erforderlich. Hier verharre Deutschland auf dem „Stand eines Entwicklungslandes“.

Messung und Bewertung von Arbeitsleistung statt Arbeitszeiten

Flexible Arbeitszeiten auch im Hinblick auf Lebensarbeitszeitplanungen zu ermöglichen, sei für die Gewerkschaften längst kein Tabu mehr. Arbeitgeberforderungen nach einer Aufgabe des Acht-Stunden-Tages erteilte der DGB-Chef jedoch eine scharfe Absage. Die Interessen einer immer heterogeneren Arbeitnehmerschaft zu vertreten, werde für die Gewerkschaften zwar zusehends anspruchsvoller, doch seien sie dazu „gut aufgestellt“ und hätten zuletzt neben primär demografisch bedingten Verlusten auch beachtliche Zugewinne an Mitgliedern verzeichnen können. Hoffmann kritisierte, dass derzeit eher die Arbeitgeberseite einem offenen Reformdialog mit den Gewerkschaften ausweiche, äußerte sich aber auch kritisch zu den jüngsten Streiks in einzelnen Berufsgruppen.

In der von *Kai Pfundt* (General-Anzeiger Bonn) moderierten Diskussion plädierte Hoffmann dafür, nicht nur das technisch Machbare zu sehen, sondern die neuen Technologien so einzusetzen, dass sie „humane Arbeitsbedingungen“ schaffen. Darin liege die eigentliche Chance der Digitalisierung, nicht etwa in einem lediglich technologisch nochmals verschärften Anbieterwettbewerb, der die Beschäftigten aus dem Blick verliere.

Hoffmann und Zimmermann stimmten darin überein, dass es in Zukunft für die Betriebe immer weniger darauf ankomme, die Präsenz-Arbeitszeiten ihrer Beschäftigten als Leistungskriterium heranzuziehen, sondern output-orientierte Bewertungen und Entlohnungen in den Vordergrund rücken werden. Die Frage, auf welche Weise eine Arbeitsleistung angesichts von virtuellem Arbeiten, Team- und Projektarbeit objektiv gemessen werden könne, sei für die Gewerkschaften ein wichtiges Thema, so Hoffmann.



Reiner Hoffmann, Kai Pfundt, Klaus F. Zimmermann

Wichtiges Korrektiv in der globalisierten, digitalisierten Arbeitswelt

Kontrovers wurde dagegen die Reichweite des „Mandats“ der Gewerkschaften diskutiert. Während Zimmermann einen zu starken allgemeinpolitischen Mitspracheanspruch der Gewerkschaften monierte und eine Konzentration auf die unmittelbar drängenden Zukunftsfragen der Arbeitswelt forderte, verwies Hoffmann darauf, dass gerade in einer flexiblen und globalisierten Arbeitswelt die Gewerkschaften national wie international ihr Themenfeld breit abstecken müssten.

Zum Abschluss der Diskussion betonte Zimmermann noch einmal die große Bedeutung der Gewerkschaften: „Sie sind als Korrektiv weiter wichtig und werden vor allem dann erfolgreich sein, wenn sie offen für Neues sind und den Wandel hin zur digitalen Arbeitswelt als Chance begreifen.“

Werner Eichhorst, Holger Hinte, Alexander Spermann, Klaus F. Zimmermann

Die neue Beweglichkeit:
Die Gewerkschaften in der
digitalen Arbeitswelt

IZA Standpunkt Nr. 82

<http://ftp.iza.org/sp82.pdf>



Welche Politikmaßnahmen führen zu mehr Jugendbeschäftigung?

IZA Workshop

Als Folge der Großen Rezession ist mittlerweile einer von fünf Jugendlichen in Europa arbeitslos. Die Verteilung der Jugendarbeitslosigkeit variiert dabei länderübergreifend erheblich: Einige europäische Staaten verzeichneten zeitweise gar eine Jugendarbeitslosenrate von 50 Prozent oder mehr. Vor diesem Hintergrund organisierten die IZA-Programmdirektoren *Pierre Cahuc* (CREST-Ecole Polytechnique, Paris) und *Konstantinos Tatsiramos* (University of Nottingham) einen Workshop, der die Rolle der Politik und der von ihr gestalteten Institutionen bei der Förderung von Jugendbeschäftigung erörterte. Die Veranstaltung fand am 1. und 2. Juni 2015 in Bonn statt.

Zwei zentrale Botschaften kristallisierten sich aus den Workshop-Beiträgen heraus: Befristete Arbeitsverhältnisse sind als Antwort auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit problematisch, da sie langfristige negative Folgen für Beschäftigung

nach arbeiteten diejenigen Arbeitnehmer, die ihre erste Beschäftigung nach der Reform von 1984 aufnahmen und überwiegend befristet eingestellt wurden, im Vergleich zu vor 1984 in Dauerbeschäftigung eingetretene Arbeitnehmer weniger Tage im Jahr und erzielten bis zu 22 Prozent geringere Löhne. Mit der befristeten Beschäftigung geht laut der Studie gerade für geringer Qualifizierte das Risiko deutlicher Wohlfahrtseinbußen einher.

Eine Ursache für die niedrigere Gesamtbeschäftigungsquote bei jungen Arbeitnehmern ist die erhöhte Arbeitsplatzunsicherheit in Krisenzeiten. Obwohl junge Menschen genauso schnell wie ältere einen Job finden, sind sie in stärkerem Umfang von Arbeitsplatzabbau betroffen. Firmen setzen eher Beschäftigte mit kürzerer Betriebszugehörigkeit, geringerem firmenspezifischen Wissen und geringeren Arbeitsschutzansprüchen frei. *Pierre Cahuc*

tingung zurückzukehren; zugleich ließ sich jedoch ein anhaltender Negativeinfluss auf das Bruttojahreseinkommen beobachten, überwiegend verursacht durch eine geringere Zahl an Arbeitsstunden. Anders die Ergebnisse für Hochqualifizierte: Für sie gab es in den ersten fünf Jahren nach ihrem Bildungsabschluss zu Rezessionszeiten einen geringfügig negativen Beschäftigungseffekt und zugleich einen persistent starken Negativeffekt hinsichtlich des Jahreseinkommens, hier verursacht durch geringere Stundenlöhne.

Frankreich führte im Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit unter anderem auch ein intensives dreimonatiges Betreuungsprogramm ein, das die Jobchancen von benachteiligten, in der Regel gering qualifizierten Jugendlichen durch regelmäßige Gruppentreffen („Suchclubs“) verbessern helfen soll. *Daphne Skandalis* (CREST) präsentierte in diesem Zusammenhang Resultate eines Feldexperimentes zur Effektivität von intensiver kollektiver gegenüber weniger intensiver individueller Betreuung. Einem „Suchclub“ anzugehören, hat offenbar tatsächlich positive Effekte, zumindest mit Blick auf subventionierte Beschäftigung und für leichter vermittelbare Teilnehmer.

Eine weitere politische Maßnahme zur Förderung von Jugendbeschäftigung besteht in der Reduzierung der Lohnsteuer. *Niklas Kaunitz* (Stockholm University) stellte seine Evaluation einer solchen Maßnahme in Schweden vor. Im Jahr 2007 wurde dort die Lohnsteuer für die Altersgruppe der 18–24-Jährigen um elf Prozentpunkte reduziert, im Jahr 2009 trat eine weitere Reduktion um nochmals fünf Prozentpunkte in Kraft. Den Analysen von Kaunitz zufolge hat dies zu einem positiven Beschäftigungseffekt zwischen 1,3 und 2,5 Prozent geführt.

Praktika sind für Studierende heute an den meisten Universitäten sowohl in den USA als auch in Europa weit verbreitet. *Thomas Siedler* (Universität Hamburg und IZA) untersuchte anhand deutscher Daten zu Studierenden und der Einführung bzw. Abschaffung von Pflicht-Praktika die Auswirkungen auf die spätere Einkommensentwicklung und Beschäftigungswahrscheinlichkeit. Die Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass Praktika in der Tat einen positiven Effekt haben können: Das spätere Erwerbseinkommen fällt um vier bis sechs Prozent höher aus, und es profitieren insbesondere Studierende aus Fachbereichen mit schwächerer Arbeitsmarktorientierung.

Die im Rahmen des Workshops präsentierten Forschungsarbeiten sind online erhältlich:
► www.iza.org/link/youthempl_2015



und Einkommen junger Arbeitnehmer nach sich ziehen. Doch auch, wenn sich andere Maßnahmen wie herabgesetzte Lohnsteuersätze und intensive Einzelbetreuung im Einzelfall als effektiver erweisen, sind deren Gesamteffekte nicht zwangsläufig substanzieller Natur.

In einigen Ländern wurde durch die Implementierung von befristeten Arbeitsverträgen nicht erst im Verlauf der jüngsten Wirtschaftskrise versucht Anreize für Firmen zu setzen, mehr junge Arbeitnehmer einzustellen. Ein solches Beispiel ist Spanien, wo bereits 1984 entsprechende Regelungen für alle Beschäftigten umgesetzt worden sind. Deren langfristige Effekte überprüfte *J. Ignacio Garcia Perez* (Universidad Pablo de Olavide) in einer empirischen Untersuchung. Der Erfolg hänge von der Übergangsrate von befristeten in unbefristete Verträge und von den langfristigen Effekten für die Beschäftigung ab, verdeutlichte Garcia Perez. Unter Verwendung von Sozialversicherungsdaten aus mehr als zwanzig Jahren untersuchte er die langfristigen Auswirkungen befristeter Arbeitsverträge auf die Karrieren junger Arbeitnehmer. Dem-

evaluierte am Beispiel des französischen Arbeitsmarktes für Geringqualifizierte der Jahre 2003 bis 2012 die Auswirkung von Arbeitsschutzbestimmungen auf die Entwicklung der Jugendbeschäftigung. Trotz der in Frankreich vergleichsweise hohen betrieblichen Entlassungskosten – etwa in Form von Vorschriften zur Zahlung hoher Abfindungen – legen seine Forschungsergebnisse nahe, dass die Entlassungskosten insgesamt keinen wesentlichen Effekt auf die Jugendarbeitslosenrate haben.

Berufs- und Einkommensprofile junger Arbeitnehmer im Zeitverlauf werden auch durch die bei Eintritt in den Arbeitsmarkt vorgefundene ökonomische „Startposition“ mit beeinflusst. *Bart Cockx* (Ghent University und IZA) zeigte am Beispiel Belgiens die Effekte von während einer Rezession erworbenen Bildungsabschlüssen auf die anschließenden Arbeitsmarktergebnisse auf. Für geringqualifizierte Arbeitnehmer blieb der in einer Rezessionsphase absolvierte Berufsabschluss demnach zwar ohne erkennbar negative Wirkung auf die Wahrscheinlichkeit, aus einer etwaigen Arbeitslosigkeit in Beschäf-

Soziale Teilhabe von Langzeitarbeitslosen und wesentlich behinderten Menschen fördern

IZA Policy Seminar

Viele Langzeitarbeitslose sind aufgrund von multiplen Vermittlungshemmnissen – wie fehlender Ausbildung in Verbindung mit gravierenden gesundheitlichen Einschränkungen – kurzfristig besonders schwer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Nach aktuellen Schätzungen handelt es sich hierbei um etwa 300.000 Langzeitarbeitslose in der Grundsicherung. Die klassischen Arbeitsmarktinstrumente greifen bei dieser Gruppe durchweg nicht mehr. Wie lassen sie sich dennoch aktivieren, um mittel- und

Arbeit in den Jobcentern nicht die öffentliche Anerkennung, die sie eigentlich verdiene. Um auch künftig qualifizierte und motivierte Mitarbeiter gewinnen zu können, müsse sich dies dringend ändern.

Wie komplex die Regelungen der Sozialgesetzbücher geworden sind, wenn es um die Integration von Schwerbehinderten geht, wurde im IZA Policy Seminar mit *Rolf Schmachtenberg* (Abteilungsleiter Belange behinderter Menschen, Prävention und Reha-

bilitation, Soziale Entschädigung und Sozialhilfe, BMAS) deutlich. Anders als Erwerbsfähige, die Leistungen der Grundsicherung beziehen, erhalten wesentlich Behinderte in der Regel Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII, Sozialhilfe), um zum Beispiel Wohnheimkosten abzudecken

und den Einsatz in Behindertenwerkstätten zu ermöglichen. Die Leistungen der Eingliederungshilfe werden aus Steuermitteln durch die Träger der Eingliederungshilfe, also je nach Landesrecht durch die Kommunen oder die Länder getragen.

Doch nicht jeder wesentlich Behinderte sei nicht erwerbsfähig, erläuterte Schmachtenberg: „Denken Sie an Stephen Hawking!“ In seinem Vortrag stellte Schmachtenberg den derzeitigen Stand der beabsichtigten Reform des Bundesteilhabegesetzes vor. Ein anspruchsberechtigter Schwerbehinderter bezieht Leistungen mitunter gemäß einem halben Dutzend verschiedener Sozialgesetzbücher. Selbst von Experten seien diese Regelungen nur schwer zu überblicken. Die Teilhabe am Arbeitsleben von wesentlich Behinderten solle deshalb durch ein Budget für



Rose Langer

Arbeit verbessert werden, um eine Alternative zur Förderung der Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen zu schaffen. Gemeint ist damit ein dauerhafter Zuschuss zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Ziel der geplanten Reform seien deutliche Leistungsverbesserungen für Menschen mit Behinderung.

Beide Vorträge verdeutlichten institutionelle Details der sozialen Sicherung in Deutschland und machten den potenziell hohen Erkenntnisgewinn empirischer Forschung in diesem Bereich deutlich. Im internationalen Kontext liegen bereits viele Forschungsarbeiten unter dem Stichwort Erwerbsunfähigkeit (disability) vor. Dagegen fehlt es in Deutschland bislang an mikroökonomischen Evaluationsstudien, die kausale Effekte von Maßnahmen mit Blick auf Ergebnisvariablen wie soziale Teilhabe messen.



Zimmermann, Schmachtenberg, Spermann, Eichhorst

langfristig in den Arbeitsmarkt zurückzufinden? Mit dieser Frage beschäftigten sich zwei Referenten aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Rahmen der Veranstaltungsreihe „IZA Policy Seminar“.

Rose Langer (Unterabteilungsleiterin Grundsicherung für Arbeitssuchende, BMAS) betonte die Notwendigkeit maßgeschneiderter Lösungen für Menschen, die schon lange arbeitslos sind. Zwar zielt die Grundsicherung für Arbeitssuchende darauf, möglichst viele Leistungen aus einer Hand anzubieten, oft gehen die Bedürfnisse jedoch noch über das hinaus, was das Gesetz bereits heute vorsieht. Aus diesem Grund sollte möglichst jedes Jobcenter ein Netzwerk knüpfen, um die im Gesetz vorgesehene Zusammenarbeit von Arbeitsverwaltung und kommunal integrierten Leistungsträgern zu ermöglichen, aber auch alle darüber hinaus benötigten Akteure zusammen zu bringen.

Durch den föderalen Aufbau der deutschen Verwaltung, die eigentlich nur Landes- oder Bundesexekutive kenne, sei dies eine beachtliche Herausforderung. Leider genieße die ambitionierte und gesellschaftlich wichtige



Rolf Schmachtenberg

Bildung, Beschäftigung und Migration

14. IZA/SOLE Transatlantic Meeting of Labor Economists

Unter der Leitung von *Dan A. Black* (University of Chicago und IZA) und IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn), fand vom 2. bis 5. Juli in Buch am Ammersee das 14. IZA/SOLE Transatlantic Meeting of Labor Economists statt. Das vom IZA in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Society of Labor Economists organisierte Jahrestreffen bringt aufstrebende und etablierte Forscher zusammen. Das Themenspektrum der Veranstaltung war einmal mehr breit gefächert und beleuchtete Fragen von Migration, Bildung, Arbeitsangebot, Beschäftigung und Arbeitsmarktnetzwerken.

Shoshana Grossbard (San Diego State University und IZA) analysierte die Effekte von US-amerikanischen Politiken zu außerehehlichen Beziehungen und ihre Wirkung auf die Fertilität bei Teenagern. Da die Existenz solcher Programme die Kosten des Zusammenlebens für junge Männer erhöht, sagen ökonomische Theorien einen Rückgang der Fertilität bei weiblichen Teenagern voraus. Die Ergebnisse von Grossbards empirischen Untersuchungen bestätigen diese Theorien.

Ainhua Aparicio Fenoll (Collegio Carlo Alberto und IZA) verdeutlichte, dass es enorme Unterschiede hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit in der EU gebe, Migrationsbewegungen junger Arbeitskräfte ungeachtet der Arbeitnehmerfreizügigkeit jedoch nur in sehr begrenztem Maße stattfänden. Erklärungen seien vor allem im Bereich der Sprachunterschiede zu suchen, die es schwieriger machten einen Job im Ausland zu finden und damit die Wahrscheinlichkeit einer Arbeitsmigration von vornherein verringern. Der präsentierten Studie zufolge können sich die Verlängerung der Schulpflicht und die frühere Einführung von Fremdsprachenunterricht positiv auf

Migrationsbewegungen bzw. die Wanderungsbereitschaft auswirken.

Welche Effekte ein Nebenjob auf die Prüfungsleistungen von Schülern hat, untersuchte *Angus J. Holford* (University of Essex und IZA). Das Ergebnis: Während die Leistung von Jungen nicht signifikant beeinflusst wird, wirkt ein Nebenjob bei 15-jährigen Mädchen offenbar tendenziell negativ. Dieses Ergebnis kommt zustande, weil den Schülerinnen, die zuvor mehr Zeit in das Lernen investiert hatten als vergleichbare Schüler, im Falle einer Nebentätigkeit die entsprechende Zeit zum Lernen fehlt, ihr Interesse an der Schule abnimmt und die Bereitschaft zu risikoreichem Verhalten steigt.

Ruth Uwaifo Oyelere (Emory University und IZA) untersuchte die Wohlfahrts- und Arbeitsmarkteffekte einer Schulreform in Nigeria in den frühen 1980er Jahren. Auf der Grundlage von Umfrageergebnissen aus nigerianischen Haushalten gelangt ihre Studie zu dem Ergebnis, dass die Reform zu einer Senkung des Armutsrisikos und einer Erhöhung der Löhne führte, auf die Beschäftigung selbst aber keinen Einfluss hatte.

Elena Mattana (CORE, Université catholique de Louvain) lieferte eine Analyse des Einflusses von Finanzhilfen auf den Bildungserfolg von Studierenden. Am Beispiel von Schweden zeigt ihre Studie, dass zusätzliche Hilfen und großzügigere Bedürftigkeitsprüfungen zu niedrigeren Abbrecher- und höheren Absolventenquoten in manchen Fachbereichen führen, gleichzeitig aber auch dazu beitragen, dass andere Gruppen von Studierenden länger eingeschrieben bleiben und mehr Schulden anhäufen.

Dass sich die Verbesserung des Internetzugangs gerade im ländlichen Raum günstig

auf die dortige Unternehmensproduktivität und damit auf die gesamte lokale Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung auswirkt, konnte *Simone Schüller* (IRVAPP und IZA) am Beispiel eines Programms zur Einführung von Breitbandtechnologien im italienischen Trento zeigen. *Nico Pestel* (IZA) präsentierte anhand der Leistungen von deutschen Profi-Fußballern eine Studie zu den negativen kausalen Effekten von Luftverschmutzung auf die individuelle, kurzfristige Produktivität. *Ronald L. Oaxaca* (University of Arizona und IZA) stellte ein Modell zur Analyse von Mehrfachbeschäftigungen und ihrer Elastizitäten vor.

Ebenfalls mit dem Thema Arbeitsangebot befasste sich eine Untersuchung von *Anna Lovász* (Hungarian Academy of Sciences). Sie untersuchte, welche Erwerbs-effekte der Aufbau staatlich geförderter Kinderbetreuung in Ungarn während der Jahre 1998 bis 2011 hatte. Lovász zeigte, dass die Erwerbsquote von Frauen nach der Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen signifikant um 19% höher lag als zuvor.

Die anschließenden Vorträge diskutierten die Wirkungen von Peer-Netzwerken auf den Arbeitsmarkt. *David Neumark* (University of California, Irvine und IZA) untersuchte US-amerikanische Daten und stellte fest, dass Menschen, die über gut ausgebaute nachbarschaftliche Netzwerke verfügen, nach den Massenentlassungen der Wirtschaftskrise schneller eine neue Beschäftigung fanden und häufig auch Beschäftigung bei den Arbeitgebern der Nachbarn fanden. Anhand eines Experiments mit US-College-Studenten aus dem Jahr 2011 zeigte *Kelly Bedard* (University of California, Santa Barbara), dass Freundschaften und Peer-Verbindungen eine wichtige Rolle für gemeinsame gesundheitsbezogene oder sportliche – und damit



mittelbar die berufliche Leistungsfähigkeit begünstigende – Aktivitäten spielen.

Die zwei folgenden Präsentationen widmeten sich dem Thema Obdachlosigkeit. Unter Verwendung eines spezifischen, national repräsentativen Datensatzes aus Australien zeigte *Deborah A. Cobb-Clark* (University of Melbourne und IZA), dass Kinder, die Obdachlosigkeit erleben, im Erwachsenenalter seltener einen Arbeitsplatz finden. Außerdem stellte sie fest, dass der negative Effekt von Obdachlosigkeit in der Kindheit auf die spätere Beschäftigung für Männer größer sei als für Frauen. Daran anschließend legte *David C. Ribar* (University of Melbourne und IZA) dar, dass sich Obdachlosigkeit sehr stark negativ auf die Ernährungssicherheit von Männern auswirke, während dieser Effekt bei Frauen weniger stark ausgeprägt sei.

Ursachen und Folgen der internationalen Migration waren Thema gleich mehrerer Präsentationen. *Lidia Farré* (Universität de Barcelona und IZA) zeigte anhand einer Analyse von spanischen Geburtsurkunden, dass Kinder von ecuadorianischen Einwanderern, die in Spanien geboren wurden, schon bei der Geburt gesünder waren als Kinder im Herkunftsland. Damit liefert die Studie neue Belege für die positiven Gesundheitseffekte von Einwanderung.

Eine Studie von *Artjoms Ivlevs* (University of the West of England, Bristol und IZA) untersuchte empirisch, ob die Zuwanderung aus den 2004 der EU beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten nach England und Wales die allgemeine Zufriedenheit der dortigen einheimischen Bevölkerung beeinflusst hat. Es zeigt sich, dass die Zuwanderung der ersten zwei Jahre nach dem EU-Beitritt von 2004 die Zufriedenheit der jungen Einheimischen erhöht, und die der älteren Einheimischen aber offenbar gemindert hat.

Milena Nikolova (IZA und Brookings Institution) verdeutlichte auf der Grundlage von Gallup-World-Poll-Daten von 2009 bis 2013, in welchem Ausmaß die Unzufrieden-

heit mit dem eigenen Leben den Wunsch nach Auswanderung potentieller Migranten aus 100 Entwicklungs- und Schwellenländern gesteigert hat. Auch der Einfluss von Migrationsnetzwerken und die subjektive Einschätzung der eigenen sozio-ökonomischen Lebensbedingungen spielen demnach eine größere Rolle bei der Entscheidung zur Emigration. Relativ dazu waren die eigene Einkommenssituation und der wahrgenommene Wohlstand für potenzielle Auswanderungsentscheidungen weniger wichtig. Die Untersuchung macht deutlich, dass Strategien zur Eindämmung von Fluchtursachen stärker als bislang bei der individuellen Lebenszufriedenheit ansetzen müssen.

Grace Lordan (London School of Economics) stellte eine Forschungsarbeit zu Unterschieden in der Jobzufriedenheit in männlich und weiblich dominierten Arbeitsumfeldern in den USA und Großbritannien vor. Ihre Analysen lassen den Schluss zu, dass eine stark negative Beziehung zwischen weiblicher Jobzufriedenheit und dem Anteil der Männer unter den Kollegen besteht. Frauen in Beschäftigungsfeldern mit höherem Männeranteil wechseln zudem offenbar häufiger den Arbeitsplatz.

Der Vortrag von *Terra McKinnish* (University of Colorado, Boulder) begann mit der Beobachtung, dass Paare mit dem gleichen Beruf häufiger sind, als man nach dem Zufallsprinzip erwarten würde. Die Wirtschaftstheorie über die Funktionsweise der Heiratsmärkte liefert als mögliche Erklärungen entweder die individuelle Präferenz für einen Ehepartner mit dem gleichen Beruf oder den niedrigeren Suchaufwand im eigenen Berufsfeld. Nach Analyse US-amerikanischer Zensusdaten von Ehepaaren sowie detaillierter Beschäftigungsdaten kam McKinnish zu dem Ergebnis, dass die geringeren Suchkosten im eigenen Berufsfeld die stimmigere Erklärung bieten, vorausgesetzt das Geschlechterverhältnis ist in diesem Beruf vorteilhaft.

Eleanor Dillon (Arizona State University) untersuchte die Beweggründe der Entscheidung für die Selbstständigkeit. Sie präsentierte ein dynamisches Modell, das

die Entscheidung je nach Berufsfeld untersucht und Erkenntnisse darüber liefert, ob und wann Menschen während ihres Lebens in die Selbstständigkeit zurückkehren. Die Analyse basiert auf Daten des US-amerikanischen Panel Survey of Income Dynamics und legt dar, dass diejenigen Personen, die sich noch nie selbstständig gemacht haben, nur wenig Informationen über ihr potenziellen unternehmerischen Fähigkeiten haben. Dies kann zu großer Risikobereitschaft oder auch -aversion führen. Individuen mit Erfahrungen aus der Selbstständigkeit lernen ihre unternehmerischen Fähigkeiten und Defizite immer besser einzuschätzen und sammeln außerdem Erfahrungen, wenn sie zu einer Lohnarbeit zurückkehren, die ihnen ein höheres Einkommen vermittelt als die vorherige Selbstständigkeit.

Nancy Chau (Cornell University und IZA) entwickelte ein Modell zu den Auswirkungen von Gehaltsunterschieden zwischen Festangestellten und Leiharbeitern mit befristeten Verträgen und schlechterer Bezahlung. Daten aus indischen Unternehmen bestätigen, dass diese als unfair wahrgenommene Diskrepanz einen erheblichen negativen Einfluss auf die Motivation und Leistungsbereitschaft der Leiharbeiter hat.

Die Konferenz endete mit einer Präsentation von *Rodrigo R. Soares* (São Paulo School of Economics und IZA), der den Zusammenhang zwischen der Wettbewerbssituation von Unternehmen und ihrer Neigung zur ethnischen Diskriminierung untersuchte. Die ökonomische Theorie geht davon aus, dass in Branchen mit hohem Konkurrenzdruck weniger diskriminiert wird, weil sich die Unternehmen den Effizienzverlust durch Diskriminierung nicht leisten können. Soares empirische Studie bestätigt diesen Zusammenhang am Beispiel Brasiliens. Dort ist die Lohnbenachteiligung von Schwarzen deutlich zurückgegangen, seit durch die Marktliberalisierung höhere Konkurrenz zwischen den Unternehmen herrscht.

Die vorgestellten Studien sind online abrufbar: [▶ www.iza.org/link/TAM2015](http://www.iza.org/link/TAM2015)

Ökonomie risikoreichen Verhaltens

7. Annual Meeting on the Economics of Risky Behaviors (AMERB)

Die Ökonomie risikoreicher Verhaltensweisen nimmt innerhalb der Wirtschaftswissenschaften immer breiteren Raum ein. Ein besseres Verständnis individueller Risikoeinstellungen kann unter anderem dazu beitragen, etwa auf dem Gebiet der Gesundheits- und Kriminalitätsprävention

Fortschritte zu erzielen. Auch für die Gestaltung von Arbeitsmarktpolitiken sind solche Analysen von großem Wert.

Die 7. IZA-Jahreskonferenz zu diesem Themenkomplex (Annual Meeting on the Economics of Risky Behaviors, AMERB) fand

im Mai 2015 an der türkischen Izmir University of Economics statt. An der Konzeption und Durchführung der Veranstaltung waren in diesem Jahr darüber hinaus die American University's School of Public Affairs, das Zentrum für Wirtschaftliche Risikoanalyse der Georgia State University sowie die Usery

Workplace Research Group der Georgia State University beteiligt. Die von IZA-Programmdirektorin *Amelie F. Constant* (George Washington University und Temple University) und *Erdal Tekin* (American University und IZA) initiierte und organisierte Expertentagung brachte fast 50 Forscher aus aller Welt zusammen. Die vielfältigen Präsentationen beleuchteten soziale, politische, ökonomische und gesundheitspolitische Aspekte sowie die sich daraus ergebenden Implikationen für die Politik.

Eli Berman (University of California – San Diego) referierte in seinem Keynote-Vortrag zu „Entwicklung und Konflikt: Regieren an risikoreichen Orten“. Mehr als 1,5 Milliarden Menschen lebten in Ländern, die unter gewaltsamen Konflikten leiden und einen Großteil der weltweiten Entwicklungshilfe erhalten. Die Lebenserwartung in den risikoreichsten Staaten der Welt betrage im Durchschnitt nur 50 Jahre. Allerdings könne gute Regierungsführung diese Länder sowohl gesünder als auch sicherer machen. Berman legte dar, wie durch politische Programme und wohl durchdachte Interventionen das Risiko reduziert, Entwicklungspotenziale erschlossen und die Lebensqualität gesteigert werden könne.

Risikofaktor Gesundheit

Nach kurzen Einführungen durch *Barbara Romzek* (Dekanin, School of Public Affairs,

tud y Empleo) in Form einer Verminderung des Risikos von Teenager-Schwangerschaften. Die Teilnahme an dem Programm verminderte seinen Resultaten zufolge die Wahrscheinlichkeit einer Jugendschwangerschaft (im Alter von 16–19 Jahren) innerhalb der ersten beiden Jahre nach Programmbeginn um etwa 20 Prozent. Dieser Effekt ist nach Novella vor allem auf die Ausbildung von nicht-kognitiven Fähigkeiten zurückzuführen.

Risikantes Gesundheitsverhalten war Thema der Präsentationen von *Willa Friedman* (University of Houston) und *Pietro Biroli* (University of Chicago und IZA). Friedman beobachtete Verhaltensreaktionen auf die Einführung antiretroviraler (ARV) Medikamente in Kenia. Dabei stellte sie eine Zunahme der Schwangerschaftsrate um 80 Prozent und eine Steigerung der sexuellen Aktivität von 40 Prozent in ARV-behandelten Regionen fest. Während die Bereitstellung der ARV-Medikamente die sexuelle Aktivität steigerte, deuten Berechnungen darauf hin, dass eine vollständige ARV-Deckung einen allgemeinen Rückgang der HIV-Neuinfektionen zur Folge hätte, da die ARV-Medikamente die Ausbreitung des HI-Virus reduzieren.

Biroli's Studie setzt an den Schnittstellen von Genetik, Biologie und Wirtschaft an und untersucht, wie genetische Veranlagung und Gesundheitsinvestitionen im Lauf des Lebens interagieren und den Gesundheits-



Eli Berman

Kevin Schnepel (University of Sydney) ging der Frage nach, wie sich verschiedene Maßnahmen zur Behandlung von erhöhten Bleiwerten im Blut (EBLL) auf die Leistungen von Schülern auswirken. Die Analyse, bei der Schnepel mehrere Verwaltungsdatensätze aus North Carolina miteinander verknüpfte, wurde dadurch ermöglicht, dass die EBLL-Maßnahmen nicht kontinuierlich auf die Kinder angewendet wurden. Die vorläufigen Ergebnisse zeigen, dass sich EBLL-Behandlungen positiv auf die langfristige sozioökonomische Situation der Kinder auswirken. Dies lässt darauf schließen, dass gezielte EBLL-Eingriffe das Leben von Kindern, die in ihrer Kindheit mit bleihaltiger Farbe in Kontakt gekommen sind, verbessern kann. Ebenso wie andere auf der Konferenz präsentierte Forschungsarbeiten unterstreicht auch diese Studie die lang-



American University) und IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn) präsentierte *Matthias Rieger* (Erasmus University Rotterdam) eine Studie zur Wirkung von städtischen und regionalen Verboten von Transfetten in New Yorker Restaurants. Seine Analysen zeigen, dass ein Verbot von Transfettsäuren in Restaurants Todesfälle aufgrund kardiovaskulärer Erkrankungen um etwa vier Prozent reduziert. *Rafael Novella* (Inter-American Development Bank) untersuchte einen unbeabsichtigten Nebeneffekt eines Jobtrainingprogramms in der Dominikanischen Republik (Joven-

zustand beeinflussen. Biroli entwarf ein strukturelles Gesundheitsmodell, in dem Ernährung und Bewegung die Inputs für die Gesundheitsproduktionsfunktion darstellen und schlechte Gesundheit durch den Body-Mass-Index (BMI) gemessen wird. Demnach fällt bei Personen mit einer bestimmten genetischen Verfassung die Nachfrage nach Lebensmitteln deutlich stärker aus und der BMI nimmt zu. Diese innovative Forschungsarbeit zeigt die potenzielle Bedeutung der Wechselwirkungen zwischen genetischer Veranlagung und ökonomischen Entscheidungen.

fristige Bedeutung von Kindheitsumgebung und frühkindlichen Fördermaßnahmen.

Darauf wies auch *Klaus F. Zimmermann* hin, der vorläufige Umfrageergebnisse aus Bangladesch vorstellte, anhand derer der Zusammenhang zwischen Arsen-Kontamination von Brunnenwasser und geistiger Gesundheit untersucht wird. Zimmermann zeigte, dass die Arsen-Kontaminierung, der ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Dorfbewohner ausgesetzt ist, sich in starkem Maß negativ auf die geistige Gesundheit auswirkt.

Strafvollzug und Risikoverhalten

Die Auswirkungen unterschiedlicher Formen des Strafvollzugs auf die Wahrscheinlichkeit von Strafgefangenen, rückfällig zu werden, betrachtete *Giovanni Mastrobuoni* (University of Essex und IZA) am Beispiel Italiens. Er wertete Daten zu einem „offenzelligen“ Gefängnis in der Nähe von Mailand aus, das den Inhaftierten relativ ungehinderte Bewegung innerhalb des Gefängnisses und tagsüber Zugang zu Schulbildung, Ausbildung und sogar Arbeit außerhalb des Gefängnisses ermöglicht. Konkret verglich er die Rückfälligkeitsquoten unter Häftlingen, die aus anderen Gefängnissen in diese Haftanstalt verlegt worden waren mit denen anderer Inhaftierter, die in den ursprünglichen Haftanstalten verblieben waren. Abhängig von der Länge der Haft, so Mastrobuoni, hat jedes zusätzliche Jahr im „offenzelligen“ Vollzug die Rückfallrate um 15 Prozent reduziert. Dies ist nach seiner Einschätzung zumindest teilweise darauf zurückzuführen, dass sich der alternative Strafvollzug positiv auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, nach der Entlassung einen Arbeitsplatz zu finden.

Auch *Glen Waddell* (University of Oregon und IZA) widmete sich einer Fragestellung aus dem Strafvollzug und analysierte, inwieweit gefängnispezifische Anreize für richtiges Verhalten bzw. deren Modifizierung Wirkung zeigen. Da ein Fehlverhalten von Inhaftierten letztlich auch für die Allgemeinheit kostspielig ist, indem es etwa die Haftzeit verlängern kann oder sich negativ auf andere Gefangene auswirkt, sind solche Forschungsarbeiten von erheblicher Relevanz. Nach den ersten, vorläufigen Resultaten von Waddell wirken sich starke Veränderungen in der gefängnispezifischen Anreizstruktur nicht zwangsläufig im Sinne eines verringerten Fehlverhaltens aus.

Vasso Artinopoulou (Panteion University Athens) widmete sich der so genannten Restorative Justice (opferorientierte Justiz). Sie beschreibt einen interdisziplinären Begriff von Gerechtigkeit, nach dessen Logik Wiedergutmachung nach einem Fehlverhalten dadurch erzielt werden soll, dass Opfer und Täter zusammengebracht werden. Artinopoulou sprach der opferorientierten Justiz ein großes Potenzial als alternativem oder zusätzlichem Ansatz zur Bewältigung von Kriminalität zu, da sie darauf abziele, an die Verantwortung der Täter zu appellieren. Sie verringere die Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls dadurch, dass sie eine soziale Bindung zwischen Opfer und Täter herstellt und somit die Wiedereingliederung der Täter in die Gesellschaft erleichtert.

Legalisierung als Mittel der Risikoprävention?

Stephen Kastoryano (Universität Mannheim und IZA) erläuterte den Effekt legaler Zonen für Straßenprostitution in den Niederlanden auf das Ausmaß der offiziell registrierten als auch auf die wahrgenommene Kriminalität. Auf der Grundlage umfangreicher Daten konnte er neun Großstädte, die solche Zonen eingeführt hatten, mit 14 anderen Städten vergleichen, die keine Zonen eingeführt hatten. Das Ergebnis: Legale Zonen für Straßenprostitution reduzierten die Häufigkeit der gemeldeten Vergewaltigungen und des sexuellen Missbrauchs in den ersten zwei Jahren nach deren Schaffung um 30 bis 40 Prozent. Wenn eine Stadt außerdem noch Lizenzen für das Praktizieren von Prostitution vergab, konnte auch ein langfristiger Rückgang der sexuellen Übergriffe festgestellt werden, was darauf hindeutet, dass es eine Rolle spielt, auf welche Weise Prostitution legalisiert wird.

Floris T. Zoutman (Norwegian School of Economics) hinterfragte die Hypothese, dass Gesetze zur medizinischen Anwendung von Marihuana (medical marijuana laws, MML) in den USA den mexikanischen Drogenkartellen geschadet und als Folge Gewaltverbrechen verringert haben. Er konnte zeigen, dass Gewaltverbrechen wie Mord und Raub in den an Mexiko angrenzenden Staaten nach Einführung der MML-Gesetze tatsächlich signifikant zurückgegangen sind. Der Rückgang der Mordrate ist offenbar überwiegend damit zu erklären, dass sich die Anzahl der Morde, die mit Drogen oder Jugendgangs in Verbindung gebracht wurden, verringert hat.

Rocco D'Este (University of Warwick) untersuchte, wie sich die Einführung der Rezeptpflicht für Medikamente, die Zutaten für die Herstellung von Methamphetamin (Crystal Meth) enthalten, auf die Anzahl der Meth-Labore und die allgemeine Kriminalitätsrate in den USA ausgewirkt hat. Die gesundheitlichen Schäden der Meth-Welle in den USA sind gut dokumentiert und neuere Forschung belegt, dass das Verbot des freien Verkaufs von Erkältungsmitteln, die Ephedrin enthalten – ein wichtiger Bestandteil bei der Herstellung von Meth – die Zahl der Meth-Labore reduzierte. Den Resultaten von D'Este zufolge hat die Rezeptpflicht sowohl Eigentums- als auch Gewaltdelikte um 8 bis 16 Prozent vermindert. Diese Ergebnisse belegen die große Bandbreite der sozioökonomischen Auswirkungen, die eine Beschränkung des freien Verkaufs bestimmter Medikamente haben kann. Außerdem geben sie Aufschluss darüber, über welche Kanäle die Einführung der Rezeptpflicht wirkt.

Folgen von Krieg, Terror und Wirtschaftskrisen

Neigen Soldaten, die Kampferfahrung haben, stärker zu häuslicher Gewalt? *Resul Cetur* (University of Connecticut) suchte anhand von repräsentativen Umfragen und militärischen Verwaltungsdaten zu den jüngsten Einsätzen amerikanischer Soldaten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus Antworten auf diese Frage. Vergleiche der auf Eigenangaben basierenden Daten zwischen den Soldaten, die in umkämpften Regionen eingesetzt wurden und denjenigen, die nicht an Gefechten beteiligt waren, ergaben sehr konsistente und robuste Schätzungen zu den Auswirkungen von Kampferfahrungen auf häusliche Gewalt. Die US-Auslandseinsätze seit 2001 haben offenbar die Zahl der Fälle häuslicher Gewalt um 20.000 erhöht, wodurch Kosten in Höhe von insgesamt mehr als 20 Millionen Dollar verursacht wurden.

George Wehby (University of Iowa und NBER) erläuterte die Auswirkungen der argentinischen Finanzkrise von 1998 bis 2002 auf die Kinder- und Müttergesundheit. Brasilien und Chile dienten in der Untersuchung als Kontrollfälle, da diese Länder im selben Zeitraum keine Finanzkrisen erlebten. Wehby fand einige Hinweise darauf, dass die schlechte wirtschaftliche Lage sowohl die Kindergesundheit, als auch die Geburtenrate beeinflusste, wobei die Effekte je nach sozioökonomischer und demographischer Situation variierten. Damit erweitert Wehby das Verständnis der komplexen Zusammenhänge zwischen Gesundheit und makroökonomischen Bedingungen.

Effrosyni Adamopoulou (Bank of Italy) stellte neue Forschungsergebnisse zu den langfristigen Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges auf Gesundheit und Ernährungsgewohnheiten vor. Offenbar wurden Personen, die relativ gesehen stärker vom Krieg betroffen waren, im Erwachsenenalter deutlich häufiger übergewichtig. Adamopoulou wies darauf hin, dass Italien in der Mitte des 20. Jahrhunderts einen Entwicklungsstatus aufwies, der mit dem vieler heutiger Entwicklungsländer vergleichbar ist. Wenn diese heute Krieg und Naturkatastrophen erleben, seien seine Forschungserkenntnisse auch für zeitgenössische politische Entscheidungen relevant. Darüber hinaus liefern die Ergebnisse neue Einblicke in die Spätfolgen risikoreicher frühkindlicher Umgebungen.

Die im Konferenzverlauf präsentierten Forschungsarbeiten sind online verfügbar:

► www.iza.org/link/AMERB2015

Hohe Auszeichnung für IZA-Alumni

Uwe Sunde erhält Gossen-Preis 2015

Mit dem Gossen-Preis des Vereins für Socialpolitik (VfS) erhält in diesem Jahr der Münchener Wirtschaftsprofessor *Uwe Sunde* die wichtigste Auszeichnung für deutschsprachige Ökonomen. Die Entscheidung gab die Jury im Rahmen der VfS-Jahrestagung in Münster bekannt.

Uwe Sunde lehrt Bevölkerungsökonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Bereits seit Herbst 1998 gehört er dem internationalen Forschernetzwerk

des damals neu gegründeten IZA an. Nach seiner von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* an der Universität Bonn betreuten Promotion habilitierte sich Sunde in Bonn und übernahm im Anschluss von 2008 bis 2012 den Lehrstuhl für Makroökonomie an der Universität St. Gallen.



Uwe Sunde

Von Januar 2001 bis Januar 2008 forschte Sunde am IZA, wo er den Grundstein für seine bemerkenswerte akademische Karriere legte. Neben seiner regen Forschungs- und Publikationstätigkeit koordinierte er am IZA zudem das Seminar- und Gastwissenschaftlerprogramm. Derzeit vertritt Sunde die Vereinigung europäischer Arbeitsökonom (EALE) im Beirat der IZA European Summer School in Labor Economics. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören historische Betrachtungen wirtschaftlicher Entwicklung ebenso wie die Bereiche Arbeitsmarkt, Bevölkerung und Verhaltensökonomie. Sunde ist Mitverfasser von über 40 IZA Discussion Papers, die mit insgesamt mehr als 200.000 Downloads eine enorme Reichweite haben.

Der mit 10.000 Euro dotierte Gossen-Preis wird jährlich verliehen, um deutschsprachige Ökonomen auszuzeichnen, die das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in

„Uwe Sunde ist ein hervorragender Wissenschaftler, der nicht nur über ausgeprägte analytische Fähigkeiten verfügt, sondern gern die ausgetretenen Pfade der Zukunft verlässt und innovative Forschungsansätze verfolgt. Diese Kreativität hat ihn schon als jungen IZA-Wissenschaftler ausgezeichnet. Der Gossen-Preis ist dafür die längst verdiente Auszeichnung.“

Klaus F. Zimmermann
(IZA-Direktor, Universität Bonn)



Zentraleuropa arbeiten und durch Veröffentlichungen in renommierten Fachzeitschriften international auf sich aufmerksam machen konnten. Mit der Preisvergabe soll die Internationalisierung der in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführten Wirtschaftsforschung gefördert werden. Die Preisträger der beiden Vorjahre – *Ludger Wößmann* (2014) und *Michèle Tertilt* (2013) – gehören ebenfalls dem IZA-Netzwerk an.

Von den Besten lernen:

18. IZA Summer School in Labor Economics

Bereits zum 18. Mal veranstaltete das IZA vom 25. bis 31. Mai 2015 seine europäische Summer School für Doktorandinnen und Doktoranden des Fachgebiets Arbeitsökonomie im Konferenzzentrum der Deutschen Post in Buch am Ammersee. Insgesamt 39 Promovierende aus 15 verschiedenen Ländern nahmen an der Summer School teil, präsentierten die eigenen Forschungsarbeiten und nutzten die vielfältigen Möglichkeiten sowohl zur Information über aktuelle Fragen und Methoden des Faches als auch zum intensiven Diskurs mit etablierten Forschern.

Das Programm der Veranstaltung wurde von *Ulf Zölitz* (IZA) zusammengestellt. Als Repräsentant des wissenschaftlichen Beirats der IZA Summer School stellte *Uwe Sunde* (Universität München) den Teilnehmern das weite

Spektrum von Aktivitäten der European Association of Labour Economists (EALE) vor.

Für die Lehrveranstaltungen der Summer School 2015 konnten IZA-Fellow *Claudia Senik* (Paris School of Economics) und IZA-Preisträger *Daniel Hamermesh* (Royal Holloway, London; University of Texas, Austin) gewonnen werden. Seniks Vorlesung beschäftigte sich mit subjektivem Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit. Sie erörterte unter anderem die Fragen, wie sich Glück messen lässt, welche Faktoren die individuelle Zufriedenheit beeinflussen und welche Länderunterschiede sich beobachten lassen.

Hamermesh gab den Teilnehmern Einblicke in die theoretische und empirische

Forschung zur Zeitverwendung, insbesondere im Hinblick auf demografische und familienpolitische Herausforderungen. Aus seiner jahrzehntelangen Erfahrung als Autor und Herausgeber namhafter Journals gab er den Nachwuchswissenschaftlern außerdem wertvolle Ratschläge zum erfolgreichen Publizieren in Fachzeitschriften mit auf den Weg.

Wie sich Forschungsergebnisse darüber hinaus effektiv an Medien und Öffentlichkeit vermitteln lassen, erarbeitete *Mark Fallak* (IZA) mit den Doktorandinnen und Doktoranden in einem Vortrag mit anschließendem Praxisworkshop.

Mehr Infos zur IZA Summer School:
► www.iza.org/link/sums



Was ist mit der normalen Arbeit?

In vielen Ländern wird abhängige Arbeit in Form einer unbefristeten Vollzeitbeschäftigung an einem festen Arbeitsplatz, die tariflich entlohnt wird und sozial abgesichert ist, als „Normalarbeitsverhältnis“ bezeichnet. Sie dient der Bestreitung des Lebensunterhalts und geht mit Arbeitsleid einher. Ein über lange Zeit erfolgter Trend zur Arbeitszeitverkürzung galt deshalb als soziale Errungenschaft. Angesichts der vorherrschenden Dominanz von schwerer und schwerster Arbeit am Bau, am Fließband und unter Tage, war das eine ganz verständliche Einschätzung. Normale Arbeit kann auch prekäre Arbeit sein. Viele Gesellschaften bekämpfen sie, oft unzureichend, mit dem Mindestlohn, damit jeder von seiner Hände Arbeit leben kann.

In Deutschland entstand „normale Arbeit“ im Boom der 1960er Jahre, der Begriff des Normalarbeitsverhältnisses spielte jedoch erst in den gesellschaftspolitischen Debatten der 1980er und 1990er Jahre eine Rolle. Seither ist diese Normalarbeit in der öffentlichen Wahrnehmung substanziell bedroht. Bedrängt durch neue Arbeitsformen, befindet sie sich gefühlt gewissermaßen im freien Fall. Arbeit in Teilzeit oder mit befristeten Verträgen, als Leiharbeiter oder als Minijobber, nimmt heute einen großen Bereich der Beschäftigung ein. Die einen bezeichnen dies als „atypische Beschäftigung“, andere sprechen gleich von prekärer Arbeit. In den vergangenen 20 Jahren ist solche angeblich atypische Beschäftigung um über 70 Prozent gestiegen. Manche glauben gar fälschlicherweise, dies sei eine Folge der Arbeitsmarktreformen, die neue Flexibilität schaffen sollten.

Dennoch sind heute in Deutschland immer noch zwei Drittel der Erwerbstätigen „normal“ beschäftigt. Seit etwa einem Jahrzehnt ist dieser Anteil nicht weiter geschrumpft, zuletzt hat er sogar wieder zugenommen. „Flexible“ oder „dynamische Beschäftigung“, wie sie vielleicht besser genannt werden sollte, nahm in dieser Dekade zwar absolut zu, aber nicht relativ. Das ist auch der Tatsache geschuldet, dass der robuste deutsche

Arbeitsmarkt in dieser Zeit viele neue Normalarbeitsplätze geschaffen hat. Und überhaupt: Global gesehen arbeitet heute knapp die Hälfte der Weltbevölkerung selbständig, nur ein kleiner Teil „normal“. So betrachtet ist in Wirklichkeit unsere normale (oder „statische“) Arbeit atypisch.

Mit dem Rückgang der schweren Arbeit, dem eigentlichen Arbeitsleid, gewinnen andere Aspekte der Arbeitswelt zunehmend größeres Gewicht. Arbeit ist weit mehr als Broterwerb. Sie schafft soziale Identität und Lebenserfüllung. Damit wächst auch das Bedürfnis, sich Arbeitszeit flexibler einzuteilen, und auch an wechselnden Arbeitsorten tätig sein zu können. Flexible Arbeitszeitmodelle wie Gleitzeit, Arbeitszeitguthaben oder variable Zeitplanungen sind in vielen Unternehmen längst Normalität. Familie und Beruf so besser verbinden zu können, ist heute der normale Wunsch von Lebenspartnern. Der Bedarf an flexibler oder dynamischer Arbeit erwächst somit nicht nur aus der Notwendigkeit für Unternehmen, sich Marktbedingungen besser anpassen zu können, sondern aus den Bedürfnissen moderner Arbeitnehmer. Diese flexiblen Jobs pauschal prekär zu nennen, ist falsch.

Die aufziehende digitale Ökonomie hat das Potenzial, das Normalarbeitsverhältnis von innen aufzulösen. Die Notwendigkeit zur Arbeit an einem festen Arbeitsplatz und zu festen Arbeitszeiten entfällt. Die Chancen und Bedingungen für Selbstbestimmung als Freiberufler oder Arbeitnehmer-Selbständige werden zunehmen. Gleichzeitig nehmen soziale Kontakte und die Einbindung in alltägliche Arbeitsprozesse ab, während der Arbeitsdruck, vielfach auch selbstverursacht, wächst. Auf diese Weise könnte ein Potenzial an prekärer Arbeit entstehen, das nicht einfach nur pekuniär bestimmt ist. Die Arbeitswelt der Zukunft muss sich hier neu regeln.

K. F. Zimmermann



Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, Dr. Alessio J. G. Brown
 Redaktion: Holger Hinte, Mark Fallak
 Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
 Tel.: +49 (0) 228 - 38 94 222
 Fax: +49 (0) 228 - 38 94 510
 E-Mail: compact@iza.org
 Internet: www.iza.org
 Grafiken/Fotos: IZA
 Druck: Güll GmbH, Lindau
 Layout: Benedikt Kliche, Lars Meierwisch

Das IZA ist ein unabhängiges, gemeinnütziges Forschungsinstitut und wird von der Deutschen Post-Stiftung gefördert.